

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Liegt es an der Fastnacht oder ist Narretei jederzeit „normal“? Erst betreiben Brüderle und Rösler gegenseitige Demontage, die darin gipfelt, dass Brüderle sich nicht trauen darf und dann zum Spitzenkandidaten berufen wird, der dann wegen einer „Sexismusaffäre“ eigentlich aus dem Rennen ist.

Verkehrsminister Ramsauer scheint sich noch ziemlich sicher zu fühlen – der Flughafen Berlin-Brandenburg scheint nicht „seine“ Baustelle“ zu sein. Wegen Stuttgart 21 scheint er sich mehr Sorgen zu machen. Die Bahn hat noch längst nicht alles auf dem Tisch. Das Thema könnte im Bundestagswahlkampf noch eine Rolle spielen.

Was die Familienministerin angeht: die Ausgaben für die Familien werden mehr und mehr problematisch. So viel Geld für so wenig Wirkung! Das Betreuungsgeld wird die Niederlage von Schwarz-Gelb nicht überstehen. Eine gerechte Familienpolitik muss kommen. Wetten, dass Frau Merkel versuchen wird, eine „sozialdemokratische Lösung“ zu finden!

Auch wenn die „causa Schavan“ nicht unbedingt zu den großen Affären gehört, die Regierung Merkel entwickelt sich mehr und mehr zu einer Zeit von Pannen, Pech und Pleiten. Es ist an der Zeit, dass Schwarz-Gelb endlich abgelöst wird!

Das Ergebnis des laufenden Bürgerdialogs soll am 01. und 2. März beim Bürgerkonvent in Berlin als Teil unseres Regierungsprogramms aufgenommen werden, um dann beim Parteitag in Augsburg beschlossen zu werden.

Für diesen neuen Weg in der Geschichte der Sozialdemokratie wünschen wir uns vollen Erfolg.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- „Wir haben gewonnen!“	2- 3
- EU: "Kein Sozialdumping auf unseren Flughäfen" - „Bankensektor an Lasten der Finanzkrise beteiligen“ - "ESM darf nicht auf Kosten der Steuerzahler zum alleinigen Bankenrettungsschirm werden!" – „Sozial und unbürokratisch“ - „Botschaft Europas in der Region“ - „CDU-EU-Abgeordnete lassen arbeitslose Jugendliche im Regen stehen“	3- 6
- "Licht und Schatten bei neuen Regeln für Ratingagenturen"- "Finger weg vom Wasser"	6- 8
- "Gerechtigkeitssteuer nimmt nächste Hürde"	8
- "Mehr Mobilität von Berufstätigen in Europa"	8- 9
- Unterzeichnet Europäische Bürgerinitiative	9-10
- "Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand" - Bußgelder wegen Bindestrich im Fahrzeugschein sind nicht EU-Recht	10-11
- „Binnenmarkt als Wachstumsmotor verstehen“ - „Eine Million Unterschriften gesammelt“	11-12
- BW: Zum „Listen-Parteitag“ der SPD Baden-Württemberg am 2. März - Sigmar Gabriel auf Wahlkampf-Tour in Württemberg	12-15
- SPD-Bodenseekreis: Nachruf für den verstorbenen Holger Maas, SPD Langenargen	15-16
- Trauerfeier für Holger Maas – Mitgliederbrief zum Jahreswechsel - Kreis-SPD fordert regionale Schulentwicklungsplanung in der Meersburger Schulregion - „Hände weg vom Trinkwasser“ – Termine im Bodenseekreis	16-19
- SBI: SP Kanton SG: Aufgaben- und Finanzplan: Defizite werden kleiner – Steuergleichbehandlung statt Steuererleichterungen!	20-21
- SP-Nationalrätin Hildegard Fässler-Osterwalder ist zurückgetreten - FLAWA: Auslagerung nach Osten – VerliererInnen in der Schweiz - Familien sind unsere Zukunft	21-23
- SPÖ Vorarlberg: Keine hochspekulativen Geschäfte mit Steuergeldern - „Gestärkt gegen Gewalt“ - SPD Kreis BC und <u>Martin Gerster:</u>	23-24
- Dr. Nils Schmid kommt zum Neujahrsempfang der Biberacher Kreis-SPD - Rückblick auf 150 Jahre Parteigeschichte und Delegiertenwahlen	24
- Andrea Nahles kommt in die Region	25
- Martin Gerster fordert mehr Wahlfreiheit für Kreiselkunst – Es geht weiter! – Und es geht noch weiter	25-26
- SPD Kreis KN - MdL Hans-Peter Storz: SPD-Kandidat zur Bundestagswahl 2013: Peter Volz - Ulm und Hilde Mattheis:	26-27
Bereinigter Armutsbericht ist Makulatur	27
- Hunger durch bessere Entwicklungszusammenarbeit bekämpfen - Datenschutz der Arbeitnehmer bleibt auf der Strecke	27- 28
- Mattheis fordert gemeinsame Anstrengungen für Schlecker-Umschulungen – SPD- Fachkonferenz Pflege - überwältigender Zulauf	28-29
- Weibliche Genitalverstümmelung ist menschenrechtswidrig! - BayernSPD, SPD – KV LI:	29-30
- Neujahrsempfang der SPD im bayerischen Allgäu mit Christian Ude in Sonthofen	30-31
- Auch Bayern ist kein Schlaraffenland	30-31
- Termine - SPD-Publikationen in der Region	31-32
- Doppelte Staatsbürgerschaften	32-33
- Anhang zu S. 12 – Einladung Rüstungsatlas	34-35
- Impressum	36

„Wir haben gewonnen!“

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles hat dem künftigen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Stephan Weil, und der niedersächsischen SPD zum Wahlsieg gratuliert. Zugleich machte sie klar, dass die Wahl eine schwere Niederlage für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bedeute: „Frau Merkel ist eine Königin ohne Land“.

Merkel könne „ihre virtuelle Umfragenpopularität nicht auf die Straße bringen“, so Nahles weiter. Seit nunmehr 12 Landtagswahlen werde Schwarz-Gelb abgestraft. Da helfe auch die sich am Montag personell erneuerte FDP nicht weiter: Deren Vorsitzender Philipp Rösler hatte am Montag überraschend FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl präsentiert. „Cäsar und Brutus regieren jetzt gemeinsam“, kommentierte Nahles.

Nahles: Im September Rot-Grün wählen!

Der Wahlsieg in Hannover sei eine „gute Ausgangsbasis“ für die Bundes-SPD, die schwarz-gelbe Chaostruppe im September ablösen zu können – „aber wir müssen noch eine Schippe drauflegen“, so Nahles weiter. Da könne sich die Bundespartei von der „gewaltigen Kraftanstrengung“ der SPD Niedersachsen inspirieren lassen. „Die niedersächsische SPD hat auf beeindruckende Weise gezeigt, was ein mobilisierender Wahlkampf ausrichten kann.“

Es habe sich für Rot-Grün ausgezahlt, sich als klare Alternative zu präsentieren. Niedersachsen habe deutlich gemacht: „Wer den Wechsel auf Bundesebene will, der muss im September diesen Jahres die Stimme SPD und Grünen geben!“

Nahles: Bundesratsmehrheit nutzen

Für den Bundestagswahlkampf wolle man sich an Weils Erfolgsrezept orientieren, „Themen aufzugreifen, die die Menschen wirklich bewegen“, so Nahles weiter. Die SPD stehe für soziale Gerechtigkeit im Arbeitsleben und in der Bildungs- und Familienpolitik, für bezahlbare Mieten und den konsequenten Kampf gegen Steuerbetrug.

Letzteren will die SPD schon jetzt angehen. Man wolle die neuen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat und die sich daraus ergebenden „neuen Gestaltungsoptionen“ nutzen, so Nah-

les. Schon in der nächsten Sitzung soll eine gemeinsame Initiative von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zur Bekämpfung der Steuerflucht eingebracht werden. Diese orientiere sich an der kürzlich vorgestellten „Braunschweiger Erklärung“ der SPD, sagte die SPD-Generalsekretärin.

Geschlossen in den Bundestagswahlkampf

Im niedersächsischen Wahlkampf sei die SPD „so diszipliniert und geschlossen wie nie“ gewesen – „das werden wir auch in den nächsten Monaten sein“, sagte Nahles. „Wir haben gewonnen! Und das wird diese Republik weiter verändern!“

21.01.2013 Daniel von Fromberg



Europa



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Gebhardt:

"Kein Sozialdumping auf unseren Flughäfen"

"Wir haben der Europäischen Kommission heute gehörig Nachhilfe in den Fächern Soziales und Beschäftigungspolitik erteilt", freut sich die Europaabgeordnete aus Muldingen, **Evelyne Gebhardt**, nachdem das Europäische Parlament in Straßburg den Vorschlag zur Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste vom Plenum zurück in die Ausschüsse verwiesen hat.

Ungenügend war der Kommissionsvorschlag schon im Ansatz. Flughäfen sollen noch effizienter und noch kostengünstiger werden. "Leidtragende dieser Daumenschrauben wären einmal mehr die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die schon jetzt erheblich unter dem vorherrschenden Wettbewerbsdruck zu leiden haben", meint Gebhardt. Tatsächlich verschlechterten

sich die Arbeitsbedingungen der Bodenverkehrsdienste in den vergangenen Jahren beträchtlich. Das Personal musste Lohnkürzungen von bis zu 40% hinnehmen. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten besteht mittlerweile entweder aus Leiharbeitern aus oder Mitarbeitern mit befristeten Arbeitsverträgen. "Im vorliegenden Vorschlag fehlen jegliche Sozialkriterien", stellt die Sozialdemokratin Gebhardt der Kommission kein gutes Zeugnis aus. "Dabei beträgt der Anteil der Bodenverkehrsdienste am Ticketpreis gerade noch zwei Euro."

Mangelhaft waren auch die Ausarbeitungen bei der Auftragsvergabe der Flughafenbetreiber an Anbieter von Bodenverkehrsdiensten. "Statt noch mehr Wettbewerb, benötigen wir die strikte Einhaltung von Tarifverträgen, faire Arbeitsbedingungen und eine Übernahmegarantie von Mitarbeitern bei einem Anbieterwechsel", fordert **Evelyne Gebhardt** und bedauert, dass die konservativ-liberalen Kräfte im Europäischen Parlament dafür keine Notwendigkeit sehen.

"Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament streiten umso mehr für gute Arbeit und faire Löhne bei den Bodenverkehrsdiensten." Die Öffentlichkeit weiß Gebhardt dabei hinter sich. Allein am Dienstag demonstrierten 3.000 Menschen vor dem Straßburger Parlament gegen die weitere Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste.

Hintergrund:

Bereits 1996 gab es eine erste Liberalisierung bei der Gepäckabfertigung, den Vorfelddiensten, den Betankungsdiensten sowie der Fracht- und Postabfertigung. Ziel war es durch mehr Anbieter stärkeren Wettbewerb zu ermöglichen und damit die Flughäfen effizienter zu machen. Studien der Kommission haben jedoch bestätigt, dass weder eine Effizienz- noch eine Qualitätssteigerung festzustellen ist, jedoch die prekären Arbeitsbedingungen zugenommen haben.

Straßburg, den 12.12.2012
Büro Evelyn Gebhardt, MdEP

Gebhardt:

„Bankensektor an Lasten der Finanzkrise beteiligen“

Europäisches Parlament gibt grünes Licht für verstärkte Zusammenarbeit bei Finanztransaktionssteuer

Am Mittwoch stimmten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg für den Antrag von elf Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Griechenland, Frankreich und Spanien, die im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit die Finanztransaktionssteuer einführen wollen. Die Finanztransaktionssteuer soll die Finanzmärkte Europas stabilisieren und den volkswirtschaftlich schädlichen Hochfrequenzhandel eindämmen.

„Damit machen wir den Weg frei für die Einführung einer Steuer, mit der sich auch die Finanzakteure künftig an den Lasten der Wirtschaftskrise beteiligen“, zeigt sich die Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** aus dem Hohenlohekreis erfreut. „Endlich werden nicht nur die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen zur Kasse gebeten, sondern auch die eigentlichen Mitverursacher der anhaltenden Finanzkrise.“

Die Muldfingerin Gebhardt bedauert allerdings, dass sich nicht alle Mitgliedstaaten zur Einführung der Finanztransaktionssteuer durchringen konnten. „Die Regierungen müssen doch spätestens seit der jüngsten Wirtschaftskrise begriffen haben, dass hier dringend Handlungsbedarf auf gesamteuropäischer Ebene besteht“, meint die Sozialdemokratin. „Dennoch freue ich mich, dass der jahrelange Widerstand der Konservativen endlich bröckelt und wir Sozialdemokraten uns mit unserer Forderung nach Einführung der Finanztransaktionssteuer durchsetzen konnten. Auch wenn diese schon viel früher hätte kommen müssen“, weiß Gebhardt, dass wertvolle Zeit bei der Bekämpfung der Finanzkrise verloren ging.

„Ich hoffe nur, dass der Rat die Einführung der Transaktionssteuer nicht weiter verzögern wird“, sieht Gebhardt den anstehenden Verhandlungen im Europäischen Ministerrat mit Skepsis entgegen. „Deshalb appelliere ich an Frau Merkel, ihr Versprechen gegenüber der SPD jetzt einzulösen und sich während der Verhandlungen auf europäischer Ebene endlich wieder als Motor und nicht als Bremsklotz einzubringen.“

**Straßburg, den 12.12.2012
Büro Evelyn Gebhardt, MdEP**

Peter SIMON:

"ESM darf nicht auf Kosten der Steuerzahler zum alleinigen Bankenrettungsschirm werden!"

Finanzminister einigen sich bei europäischer Bankenaufsicht

Der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** begrüßt im Grundsatz die Mittwochnacht gefundene Einigung der europäischen Finanzminister zur künftigen Bankenaufsicht in Europa. Allerdings warnt der Wirtschafts- und Finanzexperte, dass bis zum geplanten Start der gemeinsamen Bankenaufsicht am 1. März 2014 noch wichtige Voraussetzungen zu erfüllen seien, damit der Teufelskreis zwischen den Risiken der Banken und der Finanzsituation der Staaten wirklich durchbrochen werden kann: "Der nun beschlossene Rahmen ist lediglich ein erster Schritt, um die zu starke Verflechtung von Banken und Staaten aufzubrechen. Das Gerüst steht, aber jetzt muss es auch richtig unterfüttert werden. Sonst bricht es beim kleinsten Problem wieder zusammen"

"Der ESM darf auf keinen Fall zum alleinigen Bankenrettungsschirm auf Kosten der Steuerzahler werden. Deshalb ist es jetzt allerhöchste Zeit den Aufbau der von den Banken selbst finanzierten Sicherungssysteme wie der Einlagensicherungs- und Bankenabwicklungsfonds weiter voranzutreiben, bevor Finanzinstitute erstmals Gelder aus dem ESM erhalten. Sonst droht die Gefahr, dass letztendlich dauerhaft die Staaten und damit der Steuerzahler als alleinige Bankenretter einspringen müssen", warnt **Peter SIMON**, Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments für die Einlagensicherungs-systeme. Deshalb kann jede wahlkampfaktische Verzögerung seitens der Bundeskanzlerin große Folgen haben. "Bereits seit Februar blockieren die Regierungen der Mitgliedstaaten die Verhandlungen über die von Banken finanzierten Sicherungssysteme. Und dies letztendlich auf dem Rücken der Bankkunden und Steuerzahler, die nicht nur weiter auf einen umfassenden Schutz ihrer Spargbücher und Girokonten warten, sondern zudem noch Gefahr laufen, im Notfall wieder allein die Zeche für die Pleite einer Bank bezahlen zu müssen", unterstreicht **Peter SIMON**.

Als positiv erachtet das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses, dass nur systemrelevante und staatlich gestützte Finanzinstitute direkt von der Europäischen Zentralbank (EZB) im Tagesgeschäft beaufsichtigt werden sollen. "Jetzt können die Sparkassen und Genossenschaftsbanken endgültig durchatmen. Dafür hatten wir Sozialdemokraten uns auch stark gemacht. Deren langjährig bewährte Sicherungssysteme haben sich in Verbindung mit der Aufsicht durch BaFin und Bundesbank auch in der Krise bewährt. Deshalb können sie getrost unter deren Aufsicht bleiben, solange die EZB alle erforderlichen Durchgriffsrechte für den Ernstfall bekommt", betont **Peter SIMON**.

Straßburg, 13.12.2012 Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP und Algara Stenzel
(Pressesprecherin)

Evelyne Gebhardt:

„Sozial und unbürokratisch“

Ausschuss stimmt Modernisierung der öffentlichen Auftragsvergabe zu

Öffentliche Auftraggeber können zukünftig verpflichtende soziale Kriterien bei der Vergabeausschreibung einfordern. Subunternehmen können sie dabei miteinbeziehen. Der federführende Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament verabschiedete am Dienstag in Brüssel eine entsprechende Überarbeitung der bestehenden Vergaberichtlinie.

„Lange forderten wir eine starke soziale Ausrichtung bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Daher war bei der Modernisierung der Richtlinie auch dieses Mal die Verankerung sozialer Aspekte unsere Kernforderung, die wir nun erfolgreich durchgesetzt haben“, freute sich die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, **Evelyne Gebhardt**, nach der Ausschussabstimmung. „Wir wollen ein Vergabewesen, das den Menschen in Europa dient. Öffentliche Gelder müssen daher verstärkt in einer sozial verantwortlichen Weise ausgegeben werden“, erklärte **Evelyne Gebhardt**.

So sollen zukünftig etwa die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, die Integration besonders benachteiligter Gruppen am Arbeitsplatz und die Einhaltung hoher

Standards bei den Arbeitsbedingungen im Unternehmen selbst sowie in der Zuliefererkette bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erfüllt sein. Darüber hinaus haben die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen erreicht, dass Wirtschaftsteilnehmer vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden können, wenn sie gegen europäisches Sozial- oder Arbeitsrecht sowie gegen internationale arbeitsrechtliche Bestimmungen verstoßen. „Verärgert musste ich allerdings feststellen, dass gerade den Grünen in solchen Kernfragen wie bei der Berücksichtigung sozialer und arbeitsrechtlicher Fragen ihr soziales Gewissen zu fehlen scheint.“

Unbürokratischer wird das Vergabeverfahren mit der überarbeiteten Richtlinie auch. So sollen elektronische Vergabesysteme gestärkt werden, damit die Auftragsvergabe schneller und unkomplizierter vonstatten geht. Zudem soll künftig nur noch das Unternehmen, das schlussendlich den Zuschlag bekommt, alle notwendigen Dokumente vorlegen – vor allem für kleine und mittlere Betriebe eine enorme Erleichterung. Evelyne Gebhardt: „Die neuen Regelungen bedeuten in erster Linie für kleine und mittelgroße Unternehmen mehr Zeitersparnis und weniger Bürokratie. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir die Voraussetzungen dafür liefern, dass Unternehmer und öffentliche Auftraggeber möglichst effizient arbeiten können.“

Brüssel, 18.12.2012 Für weitere Informationen:
Büro Evelyne Gebhardt und Algara Stenzel
(Pressesprecherin)

„Botschaft Europas in der Region“

Europaabgeordnete Gebhardt freut sich für das Europabüro Wolpertshausen

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger soll einst gefragt haben, wen er anrufen müsse, wenn er mit Europa sprechen wolle. Für die Menschen im Landkreis Hall und Umgebung ist die Antwort einfach: Entweder sie wenden sich mit einem politischen Anliegen an ihre Europaabgeordnete oder – bei allen grundsätzlichen und spezifischen Fragen zur Europäischen Union – an das Europabüro in Wolpertshausen.

Für große Freude sorgt deshalb bei der Hohenloher Europaabgeordneten **Evelyne Gebhardt**

die Nachricht, dass das Wolpertshausener Europabüro, welches von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall betrieben wird, auch im Förderzeitraum 2013 bis 2017 Teil des Europe-Direct-Netzes sein wird. „Das Europabüro Wolpertshausen ist die Botschaft Europas in der Region“, meint die SPD-Politikerin, die sich für die Bewerbung des Büros eingesetzt hatte. „Es ist gut, dass die Menschen bei allen Fragen rund um die EU auch weiterhin eine Anlaufstelle mit kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort haben“, so die Mulfinglerin weiter.

Das Europe-Direct-Netz besteht in Deutschland aus 55 Informationsstellen, davon sieben in Baden-Württemberg. Diese werden durch die Europäische Kommission gefördert und sollen als Bindeglieder zwischen der EU und den Bürgerinnen und Bürgern fungieren. Aufgeklärt wird beispielsweise über die Unionsbürgerschaft, die verschiedenen EU-Förderprogramme oder über den Aufbau der verschiedenen Institutionen der Europäischen Union. Zusätzlich zu den Informationszentren vor Ort haben Interessierte die Möglichkeit, über die kostenlose Europe-Direct-Hotline (00 800 67 89 10 11) Auskunft zu erhalten.

Künzelsau, 10.01.2013
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Gebhardt:

„CDU-Europaabgeordnete lassen arbeitslose Jugendliche im Regen stehen“

Breite Zustimmung im Europäischen Parlament zur Jobgarantie für Jugendliche - CDU paktiert mit Europagegnern

81% der Abgeordneten des Europäischen Parlaments unterstützten am gestrigen Mittwoch eine Resolution für eine europaweite Jobgarantie von Jugendlichen. Darin fordern wir, dass jungen Bürgerinnen und Bürgern der EU im Alter von bis zu 25 Jahren und Studienabgängern unter 30 Jahren nach Verlust ihres Arbeitsplatzes oder nach Abschluss ihrer Ausbildung eine Arbeitsstelle von guter Qualität, eine weiterführende Ausbildung oder ein Ausbildungsplatz angeboten werden. In Ländern wie Finnland oder Österreich wurde die Jobgarantie bereits eingeführt und hat sich bestens bewährt.

„Eine sinnvolle Maßnahme“, stimmte auch Hohenlohes SPD-Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** der Resolution zu. „Jugendliche sind von der Wirtschaftskrise in der EU besonders stark betroffen. Durch die Jobgarantie wird ihnen der Einstieg in den Arbeitsmarkt entscheidend erleichtert, weil der Gang von der Schulbank dann nicht mehr automatisch zu den Warteschlangen der Arbeitsämter Europas führt.“

Einschlägige Studien haben außerdem belegt, dass durch die Einführung einer Jobgarantie mittelfristig ganz erhebliche Kosten im Sozialbereich eingespart werden können.

Eine Einschätzung, die sämtliche ernstzunehmenden Fraktionen des Europäischen Parlamentes teilten. Ursprünglich auch die CDU, die vor der Abstimmung noch vollmundig in der Presse für die Unterstützung einer Jobgarantie warb. Am nächsten Tag aber scherte sie sich wenig um die Zukunft von Europas Jugendlichen.

„Unglaublich“, zeigte sich die Mulfinglerin Gebhardt entsprechend enttäuscht. „Die Hälfte der Christdemokraten verweigerte sich der Resolution zur Jobgarantie.“ Die baden-württembergischen Volksvertreter der CDU bildeten davon keine Ausnahme - und befinden sich in entsprechend schlechter Gesellschaft: Allein die von den Briten dominierten Europaskeptiker stimmten außerdem noch gegen die Jobgarantie.

„So schafft man keine Arbeitsplätze für unsere Jugend“, meinte **Gebhardt** kopfschüttelnd zum Abstimmungsverhalten der CDU. „So schürt man lediglich Politikverdrossenheit.“

Straßburg, den 17.01.2013
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Peter SIMON:

"Licht und Schatten bei neuen Regeln für Ratingagenturen"

Vom EP geforderte noch stärkere Regulierung scheitert an Mitgliedstaaten

"Das Europäische Parlament hat Konsequenzen aus dem intransparenten Handeln und den fragwürdigen Entscheidungen, mit denen die Ratingagenturen die Krise immer wieder befeuert haben, gezogen. Eingriffe in die politische Agenda durch fragwürdige Länderratings kurz vor Gipfeltreffen gehören der Vergangen-

heit an, fehlerhafte Einschätzungen der Ratingagenturen können Konsequenzen haben. Eine noch weitergehende Regulierung war mit den Mitgliedstaaten aber leider nicht zu machen", bringt das Mitglied des federführenden Wirtschafts- und Währungsausschusses **Peter SIMON**, die wichtigsten vom Europäischen Parlament in seiner Plenarsitzung beschlossenen Neuerungen auf den Punkt.

Zukünftig dürfen Ratingagenturen einen Mitgliedstaat nur bis zu dreimal im Jahr bewerten und müssen die Zeitpunkte für die Bewertungen bereits am Ende eines Jahres für die darauffolgenden zwölf Monate festlegen. "Die Ratingagenturen sollen Informationen liefern und nicht bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik mitmischen, die allein den gewählten Volksvertretern obliegt. Wir haben den Ratingagenturen deshalb wieder einen angemessenen Platz zugewiesen", erläutert der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**.

Auf Druck der Sozialdemokraten und gegen den Widerstand der Mitgliedstaaten konnte das Europäische Parlament durchsetzen, dass Ratingagenturen zukünftig für ihr Fehlverhalten haften. "Leider haben die Mitgliedstaaten aber trotzdem durchgesetzt, dass die Beweislast bei den Geschädigten liegt. Wir hatten uns für einen noch umfassenderen Verbraucherschutz stark gemacht" kritisiert **Peter SIMON**.

"Zudem hatte ich gefordert, den Interessenskonflikten bei den Eigentümerstrukturen einen Riegel vorzuschieben", so das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses weiter. Auf seine Initiative hin entschied sich der Wirtschafts- und Währungsausschuss noch dafür, diese Beteiligungen zumindest auf 2% zu begrenzen. Auf Druck der Mitgliedstaaten wurde dieser Wert wie im Vorschlag der Europäischen Kommission wieder auf 10% angehoben "Der Anteilseigner einer Ratingagentur darf auch künftig Staatsanleihen von Staaten oder Anteile an Unternehmen halten, die wiederum von seiner Ratingagentur gerated werden. Ob diese Papiere sich positiv oder negativ entwickeln, hängt also ganz erheblich von dem Rating ab, das seine Agentur erstellt. Da sind Interessenskonflikte doch schon vorprogrammiert. Das ist auf Dauer nicht hinnehmbar", kritisierte **Peter SIMON** deshalb in der Plenardebatte zum Thema.

"Die neuen Regeln sind ein wichtiger Schritt, doch schon jetzt ist klar, dass wir bei der für

2016 vorgesehenen Revision der Vorschriften alles daran setzen müssen, diese Lücken endgültig zu schließen", fordert **Peter SIMON** abschließend.

Straßburg, 17.01.2013 Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Evelyne GEBHARDT:

"Finger weg vom Wasser"

Schutz öffentlicher Daseinsvorsorge ist höchste Priorität

"Wasser ist ein öffentliches Gut. Mehr noch, der Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht. Unter keinen Umständen dürfen wir zulassen, dass die Qualität und Bezahlbarkeit von Wasser aufs Spiel gesetzt werden", fordert die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament **Evelyne GEBHARDT** vor den Abstimmungen zur Konzessionsrichtlinie, die im federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz am Donnerstag in Brüssel stattfinden.

"Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben großes Vertrauen in eine Wasserversorgung in öffentlicher Hand. Dieses Vertrauen lassen die Konservativen vermissen, wenn sie öffentliche Träger der Wasserversorgung denselben Regeln unterwerfen wollen wie private Anbieter. Wir fordern, dass die Wasserversorgung in öffentlicher Hand aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen wird", erklärt die SPD-Abgeordnete **Evelyne GEBHARDT**.

Hintergrund der Sorgen der SPD-Abgeordneten ist, dass der konservative Berichterstatter **Juvin** lediglich eine befristete Herausnahme der Wasserversorgung in öffentlicher Hand vorsieht. "Das ist schlicht Augenwischerei und verschiebt das Problem nur in die Zukunft", kritisiert **Evelyne GEBHARDT**.

"Entscheiden sich Kommunen allerdings gegen jede Vernunft, die Wasserversorgung an private Anbieter zu vergeben, dann brauchen wir eine Konzessionsrichtlinie, die mit allgemeinen Regeln die Qualität und Bezahlbarkeit des Wassers sicherstellt. Negativbeispiele wie die Wasserprivatisierung in London dürfen nicht zur Normalität werden. Wir werden keinesfalls eine Gesetzgebung mittragen, die den freien Zugang zu sauberem Trinkwasser gefährdet", so **Evelyne GEBHARDT**.

Hintergrund:

Mit der Konzessionsrichtlinie wird ein neuer rechtlicher Rahmen für die Konzessionsvergabe geschaffen, der eine notwendige Rechtssicherheit für die Auftraggeber schafft. Die Richtlinie sieht weder eine Liberalisierung noch eine Privatisierung der Daseinsvorsorge vor. Die Gestaltungsfreiheit bei der Ausführung der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse soll auch weiterhin in der Hand der Kommunen und Regionen bleiben. In nur elf Mitgliedstaaten bestehen bisher Regelungen zur Vergabe von Konzessionen.

Brüssel, 22.01.2013 Für weitere Informationen:
Büro Evelyne Gebhardt und Algara Stenzel
(Pressesprecherin)

Peter SIMON:

"Gerechtigkeitssteuer nimmt nächste Hürde"

Ministerrat beschließt zukünftige Einführung der Finanztransaktionssteuer in 11 Ländern

"Das ist ein weiterer wichtiger Etappensieg für uns Sozialdemokraten bei der Finanzmarktregulierung. Wir haben seit Jahren ohne Wenn und Aber für die Einführung dieser Finanzsteuer gekämpft und uns dabei weder von anderen Fraktionen im Europäischen Parlament noch von der Finanzlobby von diesem Ziel abbringen lassen", begrüßt der SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** die heute im EU-Finanzministerrat beschlossene Einführung einer Finanztransaktionssteuer. "Diese Gerechtigkeitssteuer ist zudem ein ganz klares Signal an die Bürgerinnen und Bürger: Die Verursacher der Krise werden endlich an den Folgekosten beteiligt. Europa bietet der Finanzlobby die Stirn", so das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses weiter.

Bis in die jüngste Zeit hinein hatte eine Mehrheit von Staaten wie Großbritannien im Ministerrat verhindert, dass 11 Länder, unter ihnen auch Deutschland, die Finanztransaktionssteuer auf eigene Initiative einführen. "Die erst heute aufgegebene Blockade bestätigt unsere Annahme, dass eine solche Steuerabgabe selbst im Kreise von elf Mitgliedstaaten wirkungsvoll ist. Sonst hätte die Finanzlobby wohl kaum einen solchen Druck ausgelöst", betont **Peter SIMON**.

Die Europäische Kommission will das lang erwartete Gesetz jetzt zeitnah vorlegen. Ein zentraler Bestandteil ihres bisherigen Vorschlags ist das Sitzlandprinzip, das Transaktionen be-

steuert, sobald sich Verkäufer oder Käufer in einem Land befinden, das die Finanzsteuer eingeführt hat. Das Europäische Parlament allerdings hatte in seiner Plenarsitzung im Mai 2012 gefordert, auch alle Geschäfte mit Finanzinstrumenten, die von Gesellschaften in der EU ausgegeben wurden, der Steuer zu unterwerfen. "Dahinter darf der jetzt von der EU-Kommission auszuarbeitende Gesetzestext nicht zurückbleiben. Denn nur mit der von uns vorgeschlagenen Kombination von Sitzland- und Ausgabeprinzip können die Maschen hier deutlich enger gestrickt und eine Umgehung der Steuer verhindert werden. Eine Aufweichung durch die Hintertür wird es mit uns nicht geben", bekräftigt **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 22.01.2013 Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Evelyne GEBHARDT:

"Mehr Mobilität von Berufstätigen in Europa"

Binnenmarktausschuss verabschiedet Berufsanerkennungsrichtlinie

Der Binnenmarktausschuss hat am Mittwoch in Brüssel mit der Annahme der Berufsanerkennungsrichtlinie die Weichen für die Bekämpfung des Fachkräftemangels in Europa gestellt. "Die berufliche Mobilität darf in Europa nicht durch bürokratische Hürden behindert werden. Die Einführung eines europäischen Berufsausweis macht einen Schritt auf die Bürger und Bürgerinnen zu. Es wird für sie einfacher, grenzüberschreitend ihren beruflichen Tätigkeiten nachzukommen", kommentierte die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament **Evelyne GEBHARDT**.

In dem Berufsausweis soll die individuelle Berufserfahrung fälschungssicher hinterlegt werden. Künftig wird es ausreichen, den Ausweis vorzulegen, um den erlernten Beruf auch in anderen Ländern ausüben zu können. Dieses Verfahren soll für Menschen, die nur zeitweise im Ausland arbeiten, wie etwa Reiseführer oder Skilehrer, besonders unbürokratisch erfolgen.

Zudem schafft ein "Vorwarnmechanismus" mehr Transparenz und schützt vor Ärzten, gegen die in einem EU-Land ein Berufsverbot verhängt wurde. "Die Sicherheit von Patienten und Patientinnen stand für uns Sozialdemo-

kraten im Vordergrund", so die Mulfingier Abgeordnete **Evelyne GEBHARDT**.

In Deutschland war ein Aspekt der Reform bis zuletzt umstritten: Das Eingangsniveau für die Krankenpflegeausbildung sollte laut Kommissionsvorschlag von einer zehnjährigen allgemeinen Schulbildung auf zwölf Jahre angehoben werden. Es konnte nun ein Kompromiss erzielt werden, der neben den von der Kommission vorgeschlagenen zwölf Jahren auch eine zehnjährige Schulausbildung zulässt. "Jungen Menschen mit Haupt- oder Realabschluss steht selbstverständlich auch in Zukunft der Weg zur Ausbildung in Pflegeberufen offen. Eine europaweite Qualität der Ausbildung muss allerdings gesichert und anforderungsgerecht weiterentwickelt werden", forderte die SPD-Abgeordnete **Evelyne GEBHARDT**.

Doch alle Länder müssen sich bewegen: In einem Kompetenzkatalog werden Anforderungen formuliert, die alle Gesundheitsfachkräfte nach ihrer Ausbildung - egal ob zehn oder zwölf Jahre - erfüllen müssen. So ist auch die Bundesregierung gefordert, das Ausbildungssystem zu hinterfragen. "Die Reform kann eine gesellschaftliche Debatte anstoßen, die zu einer Aufwertung des Berufsbildes führt, zu besseren Arbeitsbedingungen, mehr Anerkennung und einer erfreulicheren Berufsperspektive", ist sie sich sicher. **Evelyne GEBHARDT**. "Es geht darum, das Berufsbild der Krankenschwester und des Krankenpflegers an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen", stellt sie abschließend klar.

Hintergrund: Mit der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gelten in der Europäischen Union bereits die automatische Berufsankennung auf der Grundlage harmonisierter Mindestausbildungsanforderungen in den Bereichen Handwerk, Gesundheit, Architektur, Industrie und Handel.

23.01.2013

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Peter SIMON:

"Kampf ums Wasser - Simon ruft zum Schulterschluss auf:

**Unterzeichnet Europäische
Bürgerinitiative
www.right2water.eu/de/**

Keine Liberalisierung der Wasserversorgung durch die Hintertür

"Einem Gesetz zuzustimmen, das auch nur die geringste Gefahr birgt, dass es auf Kosten der öffentlichen Daseinsvorsorge geht, ist schlicht fahrlässig. Mögliche Folgen werden dann einfach auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen" kritisiert der baden-württembergische Europaabgeordnete **Peter SIMON** das Ergebnis der heutigen Abstimmung im Binnenmarkt- und Verbraucherausschusses des Europäischen Parlaments zu der umstrittenen EU-Gesetzgebung, mit der erstmals in der EU die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen einheitlich geregelt werden soll.

Peter SIMON war einer von wenigen Abgeordneten, die den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission deshalb von Beginn abgelehnt und entsprechende Anträge dafür sowohl im zuständigen Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz als auch im mitberatenden Regionalentwicklungsausschuss eingereicht hatten. Für den Fall, dass diese komplette Ablehnung im Europäischen Parlament nicht mehrheitsfähig sein sollte, hatte er zudem vorsorglich weitere Anträge eingereicht, die entweder grundsätzlich alle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge oder zumindest die Wasserversorgung vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen hätten. "Denn selbst das kleinste Risiko, dass die Bürgerinnen und Bürger im schlimmsten aller Fälle am Ende des Tages Abstriche bei der Qualität und Bezahlbarkeit von Wasser machen müssten, ist nicht hinnehmbar", betont **Peter SIMON**.

"Nach einem ersten Erfolg meiner Anträge im Regionalentwicklungsausschuss, gab es aber heute leider keine Mehrheiten im federführenden Binnenmarkt- und Verbraucherschutz Ausschuss", zeigt sich **Peter SIMON** verärgert. Massiver Gegenwind kommt zudem aus der eigenen Heimat von allerhöchster Stelle. In einem an den Bundesvorsitzenden von ver.di gerichteten Brief begrüßt Bundeskanzlerin Angela Merkel ausdrücklich den Vorstoß für eine solche Gesetzgebung. "Das ist ein Skandal. Ein Bekenntnis zur öffentlichen Daseinsvorsorge sieht wohl anders aus", kritisiert **Peter SIMON** "Wir Sozialdemokraten werden jetzt alles versuchen, den Gesetzesentwurf für die Abstimmung im Plenum im Sinne der Ver-

braucherinnen und Verbraucher noch einmal nachzubessern".

Zudem ruft **Peter SIMON** die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, den parlamentarischen Kampf für Wasser flankierend zu unterstützen und die europäische Bürgerinitiative "Wasser ist ein Menschenrecht" auf www.right2water.eu/de zu unterzeichnen. "Ich habe diese bereits vor Monaten als einer der ersten unterschrieben. Wasser ist ein öffentliches Gut und keine beliebige Handelsware - das müssen und werden wir manchem in Europa und insbesondere auch der deutschen Bundeskanzlerin unmissverständlich klar machen. Wenn wir eine Million Stimmen aus ganz Europa zusammenbekommen, ist die Europäische Kommission verpflichtet, dieses Thema neu auf die Tagesordnung zu setzen und kann dabei die Bedenken unzähliger EU-Bürger nicht einfach vom Tisch wischen", so **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 24.01.2013

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

"Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand"

Evelyne Gebhardt stimmt gegen Konzessionsrichtlinie

"Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut, die Wasserversorgung ist deshalb in öffentlicher Hand am besten aufgehoben. Von Beginn an habe ich dafür gestritten, öffentliche Formen der Wasserversorgung durch Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie explizit herauszunehmen, wohl wissend, dass eine Gesamtablehnung der Richtlinie keine Mehrheit finden würde. Hierbei habe ich aber eine klare Unterstützung derjenigen vermisst, die jetzt im Europäischen Parlament lautstark aufschreien", erklärt die Europaabgeordnete **Evelyne GEBHARDT** nach den Abstimmungen zur Konzessionsrichtlinie im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz am Donnerstag in Brüssel.

"Diejenigen, die nun so tun, als wollten sie das Wasser schützen, es gleichzeitig jedoch befürworten, öffentliche Träger der Wasserversorgung denselben Regeln zu unterwerfen wie private Anbieter, spielen ein falsches Spiel", kritisiert **Evelyne GEBHARDT**.

Tatsächlich geht es bei der Konzessionsrichtlinie nicht um die Privatisierung der Wasserversorgung wie in der öffentlichen Debatte fälschlicherweise behauptet. Die Absicht der Richtlinie ist es vielmehr für die Vergabe von Konzessionen Transparenz zu schaffen, soziale Standards einzubeziehen und Korruption zu bekämpfen.

"Die Richtlinie soll auch dazu dienen, dass dort, wo Kommunen sich gegen jede Vernunft entscheiden, die Wasserversorgung an private Anbieter zu vergeben, allgemeine Regeln für die Qualität und die Bezahlbarkeit des Wassers sichergestellt werden. Das von Konservativen und Liberalen in letzter Konsequenz unterstützte Vorhaben, auch die bewährte Wasserversorgung in öffentlicher Hand diesem EU-weiten Regelungswerk zu unterwerfen, hat es mir jedoch unmöglich gemacht, der Richtlinie zuzustimmen", argumentiert **Evelyne GEBHARDT** abschließend.

Hintergrund:

Mit der Konzessionsrichtlinie wird ein neuer rechtlicher Rahmen für die Konzessionsvergabe geschaffen, der Rechtssicherheit für die Auftraggeber schaffen soll. Die Richtlinie sieht weder eine Liberalisierung noch eine Privatisierung der Daseinsvorsorge vor. Die Gestaltungsfreiheit bei der Ausführung der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse soll auch weiterhin in der Hand der Kommunen und Regionen bleiben. In nur elf Mitgliedstaaten bestehen bisher Regelungen zur Vergabe von Konzessionen.

Brüssel, 24.01.2013

Für weitere Informationen:
Büro Evelyne Gebhardt und Algara Stenzel
(Pressesprecherin)

Bußgelder wegen Bindestrich im Fahrzeugschein beruhen nicht auf EU-Recht

Gebhardt:

Bürger und Bürgerinnen sollten sich wehren

So manchem Reisenden vergeht auf diese Weise gründlich die Lust am Urlaub: Wegen eines im Fahrzeugschein verzeichneten Trennstriches bitten nationale Behörden, beispielsweise in Italien oder Österreich, Autofahrer und Autofahrerinnen aus Deutschland zur Kasse – was bei diesen zu großem Verdruss führt. Fälschlicherweise wird bisweilen die Europäische Union für das Vorgehen der Beamten verantwort-

lich gemacht. Die Hohenloher SPD-Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** stellt klar: Die in manchen Mitgliedstaaten angewandte Bußgeldpraxis ist keine Folge von EU-Vorgaben.

Dies ließ sich die Abgeordnete von der EU-Kommission in der Antwort auf eine schriftliche Anfrage bestätigen. Darin weist Verkehrskommissar Kallas darauf hin, dass in der Richtlinie 1999/37/EG über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge „lediglich der anhand harmonisierter EU-Codes erkennbare Inhalt, nicht jedoch Layout und Typographie festgelegt sind“. Und weiter: „Die Verhängung von Geldbußen in Zusammenhang mit Zulassungsdokumenten fällt nicht unter Unionsrecht“. Der Kommissar rät Betroffenen, nach den in dem Mitgliedstaat, in dem ein Bußgeld verhängt wurde, geltenden Bestimmungen gegen die Geldbuße vorzugehen oder sich an ihre nationalen Kfz-Zulassungsstellen zu wenden.

Die Abgeordnete aus Muldingen, die auch ihre italienischen und österreichischen Fraktionskollegen und -kolleginnen nochmals auf den Missstand aufmerksam gemacht hat, informiert auf diesem Wege alle Bürger und Bürgerinnen und betont: „Die Verhängung von Bußgeldern in diesem Zusammenhang geht nicht auf die EU zurück und ist nicht rechtmäßig. Die zur Kasse gebetenen Bürger und Bürgerinnen sollten sich wehren“.

Hintergrund: In jüngster Zeit kam es vermehrt zu Pressemeldungen über Bußgelder für deutsche Autofahrer und Autofahrerinnen in anderen EU-Mitgliedstaaten, etwa in Österreich oder Italien. Die SPD-Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** erreichten auch einige Bürgeranfragen zu diesem Thema. Grund für die Geldbußen laut der Schilderungen Betroffener: Die Beamten monierten den im Fahrzeugschein verzeichneten Bindestrich zwischen Stadt- beziehungsweise Landkreiskürzel und dem folgenden Kennbuchstaben. Dieser ist auf den neuen einheitlichen EU-Autokennzeichen nicht mehr enthalten. Folglich stellten die Kontrolleure eine mangelnde Übereinstimmung zwischen Fahrzeugschein und Nummernschild fest. Von Bußgeldern bis zu 500 Euro wird berichtet. Das Bundesverkehrsministerium stellte jedoch frühzeitig klar, dass auch die Schreibweise mit Trennungstrich nach wie vor gültig sei. Bei Neuausstellungen wird auf den Trennstrich verzichtet.

Künzelsau, 04. 02. 2013 Büro Evelyne Gebhardt,
MdEP

Gebhardt:

„Binnenmarkt als Wachstumsmotor verstehen“

Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt unterstreicht die Bedeutung des Binnenmarktes für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt Europas

„Der europäische Binnenmarkt birgt großes Potenzial zur Überwindung der Wirtschaftskrise, das genutzt werden muss. Dabei müssen wir vor allem auf seine soziale, ökologische und wirtschaftliche Ausgeglichenheit achten. Reine Sparpolitik wird den europäischen Binnenmarkt nicht beleben“, erklärte die Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, **Evelyne Gebhardt**, nach den Abstimmungen zum Europäischen Semester am Donnerstag in Straßburg.

„Der Binnenmarkt muss ein zentrales Element des Europäischen Semesters sein. Wir benötigen dringend eine europaweite und kohärente Koordinierung, Steuerung und Kontrolle des Binnenmarktes, in die das Europäische Parlament und auch die nationalen Parlamente stärker eingebunden werden müssen“, sagte **Evelyne Gebhardt**.

Das Europäische Semester ist ein Evaluierungsinstrument der Europäischen Kommission, das auf die Koordinierung der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedsstaaten abzielt und den Mitgliedsstaaten auf Grundlage des jährlichen Jahreswachstumsberichts der Kommission länderspezifische Empfehlungen zur Erreichung der Wachstumsziele von Europa 2020 gibt. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hatte im Rahmen des Europäischen Semesters einen Bericht zur Steuerung des Binnenmarktes eingebracht, der am Donnerstag im Parlament beschlossen wurde.

„Es gilt den Binnenmarkt zum Motor für inklusives und nachhaltiges Wachstum weiterzuentwickeln, um ein weiteres soziales und wirtschaftliches Auseinanderdriften in Europa zu verhindern. Deshalb pochen wir darauf, dass der Binnenmarkt zentraler Bestandteil einer Gesamtstrategie zur Überwindung der Wirtschafts- und Sozialkrise ist“, sagte **Evelyne Gebhardt**.

„Gegen den Widerstand einiger Konservativer haben wir Sozialdemokraten in dem heute vom Parlament verabschiedeten Bericht zur Steuerung des Binnenmarktes durchgesetzt, dass hohe Sozialstandards und ein umfassender Schutz der Rechte von Arbeitnehmern und Verbrauchern feste Leitlinien des europäischen Binnenmarktes sein müssen“, so **Evelyne Gebhardt** abschließend.

Straßburg, 07.02.2013, Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Evelyne Gebhardt:

„Eine Million Unterschriften gesammelt“

Europäische Bürgerinitiative **right2water** nimmt erste Hürde

„Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut. Mehr noch: Es ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt! Die nun erreichten eine Million Unterschriften für die Bürgerinitiative **right2water** ist ein klares Zeichen der Menschen in Europa für eine gesicherte, qualitativ hochwertige und bezahlbare Versorgung mit sauberem Trinkwasser“, freute sich die SPD-Binnenmarkt- und Verbraucherschutzexpertin Evelyne Gebhardt über die aktive Bürgerbeteiligung.

Am Montag wurde bekannt, dass bereits nach vier Monaten mehr als 1 Million Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative gesammelt wurde. In drei der notwendigen sieben EU-Mitgliedstaaten wurde die entsprechende Mindestanzahl von Unterzeichnern erreicht und sogar übertroffen. Die Europäische Kommission muss gesetzgeberisch aktiv werden, wenn bis spätestens 1. November 2013 die jeweiligen Quoren in noch mindestens vier weiteren Mitgliedstaaten erfüllt werden.

„Die vielen Unterschriften stellen eine besondere Unterstützung bei den derzeitigen Verhandlungen zur Konzessionsrichtlinie dar und dürfen bei den weiteren Entscheidungen für eine vernünftige Politik nicht unbeachtet bleiben. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen setzen uns weiterhin dafür ein, dass öffentliche Formen der Wasserversorgung durch Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie explizit herausgenommen werden. Die Wasserversorgung ist am besten

in öffentlicher Hand aufgehoben“, so die SPD-Abgeordnete **Evelyne Gebhardt**.

Brüssel, 11.02.2013 Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Baden-Württemberg

Zum „Listen-Parteitag“ der SPD Baden-Württemberg am 2. März

Am 2. März beschließen die Delegierten auf dem SPD-Landesparteitag in der „Harmonie“ in Heilbronn endgültig über Siege und Niederlagen, über Hoffnungen und Enttäuschungen der vielen Bewerberinnen und Bewerber aus der baden-württembergischen SPD für ein Bundestagsmandat bei der Wahl am 22. September. Die BayernSPD hat ihre Landesliste schon am 8. Dezember im niederbayrischen Dingolfing aufgestellt. In ganz Deutschland werden nach dem Prinzip der personalisierten Verhältniswahl mindestens 598 Sitze im Bundestag bei der Parlamentswahl an die Kandidatinnen und Kandidaten der politischen Parteien vergeben, sofern diese mindestens 5 Prozent der Wähler- Stimmen oder 3 Direktmandate bekommen haben. Die Hälfte der Bundestagsmandate gehen nach dem bekannten Majorz-System an die Gewinner/innen in den **299 Bundestagswahlkreisen deutschlandweit**.

Die Verteilung der Sitze an die Parteien auf Grund ihres Wähleranteils wird nach dem neuen Bundestagswahlrecht mit dem **Sainte-Lague-Verfahren**, nicht mehr mit dem Hare-Niemeyer-System vorgenommen. In Süddeutschland gewinnen die Christdemokraten, in Bayern die Christsozialen von Wahl zu Wahl immer deutlich die große Mehrheit der jeweiligen Bundestagswahlkreise, bis auf wenige rote Ausnahmen wie letztes Mal **Gernot Erler** in Freiburg. Deshalb gilt es für die SPD in Baden-Württemberg wie in Bayern, mit einem guten Zweitstimmen-Ergebnis für die Landesliste der Partei möglichst viele Listenkandidatinnen und –Kandidaten in den Bundestag zu wählen. In Bayern gibt es 44 Bundestagswahlkreise, in Baden-Württemberg 38. Bayern stellt im Augenblick 16 Bundestagsabgeordnete, Baden-Württemberg 15. Ausichtsreich sind also jeweils nur die ersten 20 Listenplätze. Seit 60 Jahren sind dabei stets zwei Parteibezirke besonders benachteiligt, was die Anzahl ihrer eigenen Bundestagsabgeordneten (MdB's) angeht. In Bayern ist dies der Bezirk Schwaben, vom Allgäu bis an die

Donau, in Baden-Württemberg ist es der Bezirk Südwestfalen. Die Wahlergebnisse und die Strukturschwäche der SPD in diesen Landstrichen lassen einfach keine große Lobby und Solidarität von Seiten anderer, größerer Bezirke erwarten. Das hat sich in den vergangenen 60 Jahren nicht geändert.

Nur einmal in den letzten 60 Jahren Geschichte der Bundestagswahlen in Baden-Württemberg ist es der **SPD in Südwestfalen gelungen, vier eigene Abgeordnete im Bundestag** zu haben. Das war Ende der 90er Jahre bis 2005 der Fall: mit Herta Däubler-Gmelin (Tübingen), Hilde Mattheis (Ulm), Matthias Weisheit (Biberach) und Rudolf Bindig (Ravensburg-Bodensee). Andere Landesbezirke wie Nordwestfalen oder Nordbaden kommen auf Grund der Zahl ihrer Delegiertenstimmen und ihres Einflusses in der Landespartei fast immer auf fünf bis sieben Abgeordnete im Bundestag in der Landesliste. Der Parteibeitrag Schwaben in der BayernSPD verfügte stets über höchstens zwei eigene SPD-Abgeordnete im Bundestag, zumeist aus dem Wahlkreis Augsburg. Bekannte Ausnahmen waren in den 80er Jahren **Dieter Lattmann** aus dem Allgäu im Wahlkreis Kempten oder die langjährige Abgeordnete **Sigrid Skarpelis-Sperk**, vom Wahlkreis Kaufbeuren.

Für den bevorstehenden Listenparteitag der SPD in Baden-Württemberg steht bisher fest, dass die stellvertretende Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis (Ulm) für den **1. Block** der sicheren Listenplätze (bis Platz 5) gesetzt ist. Der Biberacher Abgeordnete Martin Gerster kann mit einer Nominierung im **2. Block** der sicheren Listenplätze rechnen (bis Platz 12). Wer schon oft bei solchen Listenparteitagen dabei war, kennt das unblutige Hauen und Stechen um die begehrten Listenplätze im noch aussichtsreichen **3. Block** (bis Platz 20 oder 22). Hier gibt es oft zeitraubende Personaldebatten, Mehrfachbewerbungen anderer Kandidaten von weiter hinten auf dem Listen-Vorschlag des Landesvorstandes gegen jene auf einem noch sicheren Platz gesetzten Bewerber.

Neu ist in Heilbronn wie am 8. Dezember im niederbayerischen Dingolfing dabei folgendes Verfahren: Nach dem Beschluss des Bundesparteitages vom 5. Dezember 2011 in Berlin ist das **ReiBverschlussverfahren** bei der Aufstellung von Kandidatenlisten obligatorisch!

Grundsätzlich muss in der Reihenfolge der Liste auf einen Mann eine Frau folgen, auf eine Frau ein Mann!

Das heißt für die Platz-Vergabe im 3. Block auf der Landes-Liste: Gegen eine auf einem aussichtsreichen Listenplatz vorgeschlagene Kandidatin darf nur eine Genossin antreten bzw. angreifen, gegen einen aussichtsreich platzierten männlichen Bewerber nur ein männlicher Genosse.

Für die Südwestfalen-SPD bedeutet dies, dass die sehr wahrscheinlich in den 3. Block bei den Frauen gesetzte griechisch-stämmige **Stella Efremidis-Kirgiane (Wahlkreis Sigmaringen-Zollernalb)** mit mehreren Angreiferinnen aus anderen Landesbezirken um das Abstimmungsvotum der stimmberechtigten Delegierten auf dem Parteitag kämpfen muss. Bei den Männern hat **Martin Rosemann (Wahlkreis Tübingen)** gute Chancen auf eine Platzierung im 3. Block. Auch hier sind etliche Angriffe von männlichen Kandidaten aus anderen baden-württembergischen Bezirken zu erwarten. Beim letzten Listenparteitag in der Stadthalle in Singen/im Hegau hat es einige schon gesetzte Kandidaten am Ende böse erwischt, sie sind von den Delegierten nach hinten verschoben worden, auf aussichtslose Listenplätze.

Von den 15 jetzigen baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten kandidieren 13 wieder, unter den 38 Wahlkreiskandidatinnen und -Kandidaten sind 14 Frauen (siehe Homepage der SPD Baden-Württemberg). Am Vorabend des Landesparteitages in Heilbronn legt der Landes-Vorstand seinen Vorschlag für die Reihung der Kandidatinnen und Kandidaten auf der Landes-Liste vor, von Platz 1, dem Spitzenkandidaten (Gernot Erler?) oder der Spitzenkandidatin (Ute Vogt?), bis zum Platz 38. Dann beginnt das Taktieren unter den Kandidaten und Delegierten aus den einzelnen Bezirken. Wer vom hinteren Listenfeld greift wen weiter vorne an? Welcher prominente Politiker oder welche prominente Politikerin aus der Landes-SPD steht einem angreifenden Bewerber um einen besseren Listenplatz als „**Fürsprecher/in**“ in der entscheidenden Personaldebatte vor der Abstimmung der Parteitagsdelegierten zur Verfügung? Können Bündnispartner/-innen aus anderen Landesbezirken gewonnen werden? Wie sieht es aus mit der Unterstützung der Jusos, der Frauen/AsF), der Gewerkschafter, der Netzwerker oder der Linken, der Kommunalpolitiker

(SGK) für einen einzelnen Kandidaten im Hinblick auf die Abstimmung über einen Listenplatz mit dem Stimmzettel?

Beide badischen Parteibezirke haben nach einer gemeinsamen Sitzung die Parole ausgegeben: Der badische Landesteil beansprucht 10 abgesicherte Kandidat/innen auf den ersten 20 Plätzen.

Nordwürttemberg strebt 8 sichere Plätze für die eigenen Kandidat/innen auf den ersten 22 Plätzen in der Landesliste an.

Und Südwürttemberg? Hier strebt die SPD 4 abgesicherte Listenplätze bis Platz 22 für die eigenen Kandidatinnen und Kandidaten an. Wird dieses Unterfangen jetzt in Heilbronn besser gelingen als letztes Mal in Singen?

Südwürttemberg besteht übrigens aus 9 Landkreisen, die in der nahen Schweiz oder in Österreich übrigens „Bezirke“ heißen. In Vorarlberg etwa heißen die Kreisverwaltungen „Bezirkshauptmannschaft“. In den 9 südwürttembergischen Landkreisen gibt es somit 9 SPD-Kreisverbände, die nach dem Bundeswahlgesetz ermächtigt sind, Kandidatinnen oder Kandidaten für den Bundestag selber aufzustellen. In Bayern nominieren formalrechtlich erst die „Bezirksparteitage“ die Bundestagskandidaten, wie Hermann Dorf Müller (Lindau) am 19. Januar 2013 festgestellt hat. Bei der Bundestagswahl ist Südwürttemberg in 7 Wahlkreise eingeteilt. Die Kandidaten in den Wahlkreisen Reutlingen (Rebecca Hummel), Hannes Munzinger (Ravensburg) und Jochen Jehle (Bodensee) sind bis jetzt nicht für den 3. Block in der Landesliste vorgesehen. Es bleibt ihnen vorbehalten, zu Beginn des Listenparteitages in Heilbronn den Listenvorschlag des Landesvorstandes zur Kenntnis zu nehmen und dann zu prüfen, ob sie nach vorne angreifen wollen und gegen einen gesetzten Kandidaten oder eine Kandidatin auf den vorderen Listenplätzen zu kandidieren. Ob ein solcher personaler Antrag erfolgreich ist, darüber entscheiden die Delegierten mit ihrem Stimmzettel beim Landesparteitag.

W. Bernhard

Sigmar Gabriel auf Wahlkampf-Tour in Württemberg

Anfang Februar kommt der SPD-Vorsitzende **Sigmar Gabriel** zu einer kleinen Vorwahlkampf-Tour nach Baden-Württemberg

In Ludwigsburg: Macit Karaahmetoglu, der SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis Ludwigsburg, arrangiert ein deutsch-türkisches Symposium zum Thema „Was ist gerecht“.

Im Ratskeller sind **Claus Schmiedel** MdL und die stellv. SPD-Landesvorsitzende und verdingewerkte Leni Breyemeier mit von der Partie, als Gabriel über die Politik der sozialen Gerechtigkeit spricht. Viele türkischstämmige Migranten sind gekommen, um aus dem Munde des SPD-Vorsitzenden zu erfahren, wie sich eine künftige SPD-geführte Bundesregierung bei diesem wichtigen Thema aufstellen will. **Karaahmetoglu** ist ein 44-jähriger Anwalt, war als Integrationsminister in der grün-roten Stuttgarter Landesregierung im Gespräch und ist der erste türkisch-stämmige Bundestags-Kandidat der SPD Baden-Württemberg. Er beginnt die Fragerunde an Gabriel mit etwas ausschweifenden Fragen zum Rentensystem, zur frühkindlichen Bildung und zur gleichen Bezahlung von Männern und Frauen im Beruf. Das will Gabriel im SPD-Regierungsprogramm ganz oben sehen. Einen Disput gibt es zwischen Leni Breyemeier und Gabriel um die Rente mit 67 und um den demografischen Wandel, von dem Breyemeier nichts wissen will. „Auch in Wahlkampfzeiten sollte man die Welt nicht einfach reden“, kontert Gabriel. Ein junger Zuhörer greift den SPD-Vorsitzenden bei einer Frage nach der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Rettungsschirmen für manche EU-Länder hart an, „Sie sind ein Demagoge“, schreit er, die Bodyguards müssen einschreiten, weil der Störenfried zum Rednerpult nach vorne drängt.

In Wasseralfingen bei Aalen besucht Sigmar Gabriel einen Autozulieferer, die Firma SHW, die Pumpen, Motorkomponenten und Bremscheiben für die Automobilindustrie fertigt. Beim Rundgang durch das Firmengelände geht es um die Stichworte Energieversorgung, künftige Verkehrs- und Mobiltechnologien, Leiharbeit und um die Zukunftschancen junger Menschen. Deutlich wird Gabriel, als er eine grundlegende Änderung bei der Systematik der Stromkosten verlangt. „Sonst wird die Energieversorgung neben dem Fachkräftemangel zum Hauptproblem der deutschen Wirtschaft!“ Zuviel sind für Gabriel die 30 Prozent Leiharbeitskräfte bei der Belegschaft am SHW-Standort Bad Schussenried. „Zuviel für einen solchen Betrieb!“ Den SPD-Vorsitzenden interessiert natürlich auch, was junge Leute in

diesem Unternehmen so verdienen, und spricht darüber freundschaftlich mit dem Jugendvertreter bei der SHW in Wasseralfingen, Jetmir Avdyli.

Aller guten Dinge sind drei, sagt man, und so kommt Sigmar Gabriel auch noch ins hohenzollerische Landeshaus nach **Sigmaringen**. Hier heißt ihn eine andere Migrantin und SPD-Bundestagskandidatin willkommen, die in Thessaloniki geborene und in Sigmaringen aufgewachsene **Stella Kirgiane-Efremidis**, derzeit noch SPD-Stadträtin im nordbadischen Weinheim.



Sigmar Gabriel und Stella Kirgiane-Efremidis in Sigmaringen

Foto: Jennifer Kuhlmann, SZ Sigmaringen

„Wir müssen auch im Wahlkampf die Wahrheit sagen“, mahnt Gabriel, „und nichts versprechen, was wir nicht halten können.“ Dies gilt wohl erst einmal für die Zukunft des Sigmaringer Standorts der Graf-Stauffenberg-Kaserne in Sigmaringen, nach der bei der Veranstaltung der frühere Bundeswehrgeneral Wolfgang Kopp sich erkundigen will. Breiten Raum nimmt in Sigmaringen sonst das Thema Beschäftigung in Gesundheits- und Pflegeberufen ein, wobei den Parteivorsitzenden hier die hohe Zahl an befristeten Beschäftigungsverhältnissen stört, was gerade jungen Leuten wenig Perspektiven zur Gründung von Familien und zur Zeugung von Nachwuchs bietet. Für die Bildung müsse die öffentliche Hand mehr Geld ausgeben, mahnt Gabriel. Nach 35 Minuten Rede fährt er anschließend noch nach Ulm zu einem Zeitungsforum.

W. Bernhard

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



SPD-Kreisverband Bodenseekreis

Nachruf für den verstorbenen Holger Maas, SPD Langenargen

Mit Entsetzen und großer Trauer hat der SPD-Kreisverband Bodenseekreis die Nachricht von dem plötzlichen Todesfall des Langenargener SPD-Kommunalpolitikers Holger Maas zu Jahresbeginn aufgenommen. Er ist im Alter von 53 Jahren nach kurzer Krankheit verstorben.

„Wir haben der Familie Maas unsere tief bewegte Anteilnahme übermittelt“, erklärte Adnan Sabah, der Vorsitzende der Kreis-SPD. Mit Holger Maas habe die Partei einen überaus engagierten und bei der Bevölkerung sehr geschätzten Politiker verloren. Er habe noch in den vergangenen Herbstwochen das alljährliche Dreikönigstreffen im Langenargener „Münzhof“ mit einem prominenten Gast, dieses Mal mit dem Landesminister Peter Friedrich, organisiert.

Diese Veranstaltung ist auf Grund des Todesfalles von der SPD Langenargen abgesagt worden.



Der Verstorbene war seit Ende der 90er Jahre Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion und früher von 1993 bis 2005, mit einer kurzzeitigen Unterbrechung, Kreisvorsitzender der

SPD Bodenseekreis, Vorsitzender des Ortsvereins der Langenargener Sozialdemokraten sowie Vorstandsmitglied der Sozialistischen Bodenseeinternationale. Seit 2004 war Holger Maas auch Vizechef im örtlichen Fußballverein. Bei den letzten Gemeinderatswahlen 2009 verhalf sein Wirken für die Anliegen seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger der Orts-SPD zu einem 4. Sitz und zum besten Wahlergebnis der Sozialdemokraten in Langenargen seit 1946. „Es ist sehr schmerzlich, dass wir uns zu Jahresbeginn gleich von zwei sehr verdienten Parteifreunden, von Peter Struck und von Holger Maas - und das viel zu früh - verabschieden müssen“, heißt es in dem Nachruf von SPD-Seite weiter.

Mit großer Betroffenheit reagierten auch die beiden früheren SPD-Abgeordneten Rudolf Bindig (Bundestag) und Norbert Zeller (Landtag), die viele Jahre lang sehr eng mit Holger Maas zusammengearbeitet hatten, auf die Nachricht vom unerwarteten Tod des Parteifreundes. Im Jahr 1992 ist ihm von der Bundes-SPD der Ehrenbrief in Würdigung seiner Verdienste in der Parteiarbeit verliehen worden. Das Jugendzentrum „Stellwerk“ in der Gemeinde Langenargen ist im Wesentlichen den beharrlichen Bemühungen von Holger Maas zu verdanken. „Nur wer vergessen wird, ist tot. Holger Maas wird leben“, so Kreisvorsitzender Sabah abschließend in dem Nachruf des SPD-Kreisverbandes.

03.01.2013

Willi Bernhard

Trauerfeier für Holger Maas

In der Evangelischen Pfarrkirche in Langenargen war kein Platz mehr frei, nur oben auf der Empore hätten Besucher bei der Trauerfeier noch ein paar freie Sitzgelegenheiten vorgefunden. So groß war das Bedürfnis, Holger Maas auf seinem letzten Gang zu begleiten. Den größten Schmerz, so Pfarrer Ulrich Fentzloff, hat Jutta Maas empfunden, die Mutter, die vor 54 Jahren, am 9. Januar, auf einem Hof in Maasleben nahe an der Ostsee und an der Grenze zu Dänemark zur Welt brachte und die ihn jetzt, nach einer plötzlich aufgetretenen tödlichen Erkrankung, an sein Urnengrab begleiten musste. Der Seelsorger bescheinigte dem Verstorbenen etliche herausragende Charaktereigenschaften, so wie er ihn kennen und schätzen gelernt hatte:

- absolute Verlässlichkeit bei der Fürsorge für seine Mutter und für seine beiden Söhne, ein hohes Maß und Sensibilität für Gerechtigkeit

in Alltagssituationen ebenso wie in der Gesellschaft und schließlich: bei allen Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikten stets um gute Kompromisslösungen bemüht gewesen zu sein. Der Pfarrer erinnerte sich auch an den roten Schal, mit dem Holger Maas häufig unterwegs war, und an ein besonderes Gespür für das Leben an Landesgrenzen wie an der Ostsee oder in der Vierländerregion am Bodensee.

Pfarrer Fentzloff zitierte aus dem Kondolenzbrief des Ulmer Oberbürgermeisters Ivo Gönner, der letztes Jahr der Einladung zum Dreikönigstreffen von Holger Maas in den Langenargener Münzhof gerne gefolgt war. So wie dieser sich viele Jahre unablässig für das Gemeinwohl ehrenamtlich eingesetzt habe, so müssten auch die jetzt Trauernden seinem Beispiel in verstärktem Maße folgen. Auch der neue Bürgermeister von Langenargen, Achim Krafft, würdigte in seinem Nachruf in der Pfarrkirche die Verdienste des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat etwa um das Jugendzentrum Stellwerk und um den Ausbau der Kinderbetreuung in der Gemeinde. Etliche Vorhaben habe er noch weiter vorantreiben wollen. „Es ist unfassbar, wie unerwartet er von uns gegangen ist.“

Karl Maier äußerte sich ebenfalls entsetzt über die Lücke, die sein langjähriger Fraktionskollege Holger Maas im Ortsverein ebenso hinterlässt wie im Gemeinderat, vor allem aber in seiner Familie.

Fredi Alder aus dem schweizerischen Rorschach hob das besondere Engagement von Holger in der Sozialistischen Bodensee-Internationale hervor, wo er zusammen mit den Sozialdemokraten in Arbon gegen Pläne protestierte, Wasserflieger auf dem Obersee starten und landen zu lassen oder sein Plädoyer für ein frei gewähltes grenzüberschreitendes Bodenseeparlament in der Euregio Bodensee. Der Präsident der Bodensee Internationale bezeichnete den Verstorbenen als „engagierten Europäer“, der im Partnerschaftsausschuss der Gemeinde Langenargen stets für die Pflege lebendiger Beziehungen zu den Gemeinden Noli in Norditalien und Bois Le Roi in Frankreich eingetreten war.

Eigens nach Langenargen zum Abschied für Holger Maas waren aus Biberach der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster und aus Bregenz der SPÖ-Landesgeschäftsführer Rein-

hold Einwallner angereist. Ebenso Anita Fitz (vom Landesvorstand der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) aus Konstanz, Rudolf Bindig, Gisela Müller und Günter Biegert (von der Kreis-SPD Ravensburg), Hermann Dorfmueller, Erwin Engel und Erich Schäfler (von der Lindauer SPD) und viele Mandatsträger/innen und Parteifreunde aus den Ortsvereinen in der SPD Bodenseekreis, von Tettngang und Kressbronn bis Überlingen. Darunter auch ein seltener Gast: Jens Béchu, der SPD-Kreisvorsitzende in den Jahren 1995 bis 1999.



Ein Bild aus fröhlicheren Tagen:
von links: Jutta Maas mit ihrem Sohn Holger (und etlichen Mitgliedern aus dem Langenargener Ortsverein) zusammen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder am 26. August 2005 bei einer Wahlkundgebung am Gondelhafen in Friedrichshafen zur Bundestagswahl 2005.

All diese Weggefährten von Holger in der gemeinsamen Parteiarbeit in den vergangenen Jahrzehnten sollte eine doppelte Aufgabe herausfordern, wie manche Gespräche im Gasthaus „Krone“ am Marktplatz nachher andeuteten: wie geht es mit der Orts-SPD in Langenargen jetzt weiter, wer kann die Arbeit des verstorbenen Ortsvereinsvorsitzenden mit nachhaltiger Wirkung in den nächsten Jahren schultern? Und wie steht es um die Solidarität mit der Familie Maas, die die Unterstützung aus dem Kreis der Genossen (nicht nur derer in Langenargen) braucht?

W.Bernhard

Mitgliederbrief zum Jahreswechsel

Liebe Genossinnen und Genossen,

Dass ich etwas spät dran bin mit meinen Neujahrswünschen und – Vorstellungen hängt mit einer Operation im Dezember und einer Schleimbeutelentzündung in meinem linken Arm zusammen. Ich bitte um Euer Verständnis.

Ich wünsche Euch und unserer Partei ein erfolgreiches 2013. Am Sonntag haben unsere niedersächsischen Genossinnen und Genossen zusammen mit den Grünen bewiesen, dass eine schwarzgelbe Regierung mit einem beliebten Regierungschef wegen der besseren Inhalte von der Opposition aus dem Amt gewählt werden kann.

Wir können uns bei der Bundestagswahl nur dann gegen Schwarzgelb durchsetzen, wenn wir dem Wähler deutlich machen, dass wir es in der Sozial-, Arbeits-, Wirtschafts-, Renten-, Familien- und Gesundheitspolitik besser können als von der Leyen, Schröder, Rösler und Bahr. Ein Bundeskanzler Steinbrück wird seinem Finanzminister Trittin das Umfeld schaffen, wenn es gegen Steuerbetrug (zur Not mit Kavallerie) und um mehr Steuergerechtigkeit geht. Ich plane nach der Jahreshauptversammlung am 11.04. eine KDK zum Wahlprogramm der SPD, wo wir unsere Vorstellungen einbringen können.

Eigentlich sollten am 25. 1. bei einer KDK die fünf Delegierten des Bodenseekreises für den Listenparteitag der baden-württembergischen SPD am 02.03. gewählt werden. Diese KDK musste leider auf den 15. 02. verschoben werden, bedingt u. a. dadurch, dass unser Gast, die Kultusministerin Gabriele Warminski-Leithäuser zurückgetreten ist. Die Einladung und den Tagesordnungsvorschlag für den 15. 02. werdet Ihr fristgerecht bekommen.

Ich werde am 11.04. wieder als Vorsitzender für die SPD Bodenseekreis kandidieren, wie Ihr sicherlich schon aus dem vorletzten Abschnitt geschlossen habt. Ich werde dann bei meiner Vorstellung weitere Details über meine Jahresplanung mitteilen.

Mit herzlichen Grüßen,
12.01. 2013

Adnan Sabah

Kreis-SPD fordert regionale Schulentwicklungsplanung in der Meersburger Schulregion

MEERSBURG. Die SPD Bodenseekreis widerspricht den Äußerungen des CDU-Abgeordneten Ulrich Müller, wonach der Rückgang der Anmeldezahlen für die Haupt- und Werkrealschulen im westlichen Bodenseekreis und anderswo erst durch die Politik der neuen grün-roten Landesregierung mit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflichtung

verursacht worden sei. Dass es in den Schulstandorten zwischen Friedrichshafen-Fischbach und Meersburg keine eigenständige Hauptschule mehr gibt, abgesehen von der Sommertalschule, schreibt die Kreis-SPD den erfolglosen, 30 Jahre währenden „Reformbemühungen“ der früheren Landesregierungen bei den Hauptschulen zu. Schon seit längerer Zeit verliert diese Schulart trotz der enormen pädagogischen Anstrengungen der Lehrkräfte bei vielen Familien an Zustimmung.

„Wir begrüßen demzufolge das eindeutige Votum des Meersburger Gemeinderates zur Weiterentwicklung der Sommertalschule“, sagte der Überlinger SPD-Kreisvorsitzende Adnan Sabah. Die Gemeinschaftsschule gewährleiste einen leistungsorientierten weiterführenden Schulabschluss mit einem nachhaltigen Lernkonzept, von dem stärkere und schwächere Schüler/innen profitieren können. Die Kreis-SPD vermisst aber eine intensive und Gemeindegrenzen überschreitende Debatte über die Schulstandorte, die in den Ufergemeinden in den letzten Jahren aufgelöst worden sind. So wundern sich die Genossen, dass es zwar interkommunale Gewerbegebiete oder Abwasserzweckverbände von mehreren Nachbargemeinden gibt, aber keinerlei Verpflichtung zu einer regionalen Schulentwicklungsplanung der Städte, Gemeinden und Ortschaften in einer gemeinsamen Schulregion wie in Meersburg. Die Konsequenzen der Aufhebung der Schulbezirke auf das künftige Angebot in der Sekundarstufe I in der Raumschaft Meersburg sind bisher nicht hinreichend öffentlich und gemeindeübergreifend diskutiert worden, was im Interesse der betroffenen Familien und ihrer schulpflichtigen Kinder unbedingt notwendig ist.

Die Busfahrpläne bei der Seelinie und beim Angebot der Ortsbus-Firmen müssten, so die SPD, besser auf den morgendlichen Schulbeginn an der Sommertalschule abgestimmt werden, damit die Kinder rechtzeitig zum Unterricht kommen können. Verbessert werden müsse zudem die Busverbindung für die Schüler aus Daisendorf bis zum Haltepunkt an der Kirche in Meersburg.

„Die Kritik der Landes-CDU an den neuen Gemeinschaftsschulen hält den vielfachen Erwartungen in der Gesellschaft nicht stand. Auch am nördlichen Seeufer wie in der Schulregion Meersburg wächst der Anteil der Eltern, die beide berufstätig sind und somit der Einführ-

ung einer gebundenen Ganztageschule ein großes Interesse entgegen bringen. Eltern, auch die Wirtschaft, der baden-württembergische Handwerkstag und beide großen Kirchen begrüßen die neue individualisierte und kooperative Lernkultur nach dem Beispiel von Modellschulen in den konservativen Regionen Thurgau, Südtirol und Vorarlberg nachdrücklich“, so die Kreis-SPD. Dies hätten mittlerweile auch etliche CDU-Bürgermeister in ländlichen Regionen Baden-Württembergs begriffen, die Anträge zur Einführung einer Gemeinschaftsschule in ihrer Gemeinde beim Kultusministerium eingereicht hätten.

06.02.2013

Dietram Hoffmann

„Hände weg vom Trinkwasser“

Kreis-SPD gegen EU-Pläne zur Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung

BODENSEEKREIS. Auf 125 Liter ist der tägliche Pro-Kopf-Verbrauch beim Trinkwasser im Bodenseekreis im letzten Jahr zurückgegangen. Er liegt aber immer noch über dem landesweiten Schnitt von 115 Liter je Einwohner. Die Trinkwasserqualität sieht der SPD-Kreisvorsitzende **Adnan Sabah** allerdings sehr gefährdet, wenn die Wasserversorgung der kommunalen Stadtwerke künftig unter bestimmten Umständen europaweit ausgeschrieben werden muss und somit dem freien Spiel der Märkte überlassen wird.

„Es geht nicht, dass unser Trinkwasser den Märkten ausgeliefert wird. Wir und frühere Generationen haben mit Steuergeldern den Aufbau und die Pflege unserer Trinkwasserversorgung bezahlt. Diese darf jetzt nicht einfach an irgendwelche Konzerne verschertelt werden, die damit einen schnellen Euro machen wollen“, mahnt Sabah, der sich damit vehement gegen die jüngst im EU-Parlament verabschiedete Konzessionsrichtlinie zur Vergabe öffentlicher Aufträge wendet. Öffentliche Träger der Wasserversorgung wie die Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände sollten nach dem Dafürhalten der Kreis-SPD aus dem Anwendungsbereich der EU-Richtlinie herausgenommen werden. „Im Grunde geht es bei der Bundestagswahl im September auch um eine Abstimmung über den Kurs der Bundesregierung, in dieser Frage den marktliberalen Kurs der EU-Kommission zu unterstützen“, so der

SPD-Kreisvorsitzende. Es könne nicht sein, dass bald private Unternehmen dafür zuständig seien, was aus den Wasserhähnen in den Haushalten im Bodenseekreis sprudelt.

Der SPD-Kreisvorstand hat mit Unterschriften die europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ auf www.right2water.eu/de unterstützt, die fordert, dass die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden darf und die Wasserwirtschaft von der Liberalisierungsagenda auszuschließen ist. Die SPD Bodenseekreis appelliert an die Mitbürgerinnen und Mitbürger sich an dieser Initiative zu beteiligen. Sie ist der erste Versuch eine europaweite Volksabstimmung durchzusetzen. Auch wenn schon über eine Million unterschrieben haben, es werden bis September zwei Millionen Unterschriften gebraucht.
11.02.2013 **Dietram Hoffmann**

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Kreisdelegiertenkonferenz (KDK)

Freitag, 15.02.2013
um **19:30 Uhr**
im **DGH Salem-Mittelstenweiler**
(Lindhalden 2)

Bei dieser KDK werden die Delegierten für den Listenparteitag am 02.03.2013 gewählt.

Gastredner: Unser ehemaliger MdB **Rudolf Bindig**

Thema: Findungsprozess, Aufgaben der 5 Delegierten zum Listenparteitag in Heilbronn

Kreisvorstandssitzung

18.02.2013

19:30 h

Gasthof Sternen in Uhldingen-Mühlhofen

OV Bermatingen:

Fraktionssitzung

Montag, 18.02.2013,
19:30 Uhr - 21:30 Uhr
Ort: Weinstube Stecher

Ortsvereinsitzung

Montag, 18.03.2013,
19:30 Uhr - 21:30 Uhr
Ort: Weinstube Stecher

OV Deggenhausertal:

Nächste Mitgliederversammlung

Donnerstag 14.03.13
20 Uhr
Gasthaus Krone Roggenbeuren

Tagesordnung:

1. Bericht aus dem Gemeinderat
2. Aktuelles aus Land und Bund
3. Verschiedenes

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich willkommen.

OV Friedrichshafen:

Vorstandssitzung - SPD-OV FN

Dienstag, 26.02.2013
19:30 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: VFB Stadionrestaurant, FN, Teuringer Str. 2

SPD-Stammtisch

Donnerstag, 28.02.2013
19:30 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: Zeppelin Dorfkrug FN

SPD-Mitglieder, Neumitglieder, Gäste und interessierte Bürger sind zum SPD-Stammtisch herzlich eingeladen.
Thema: 150 Jahre SPD am 23.05.2013

Rosen zum Internationalen Frauentag

Freitag, 08.03.2013
10:00 Uhr - 12:00 Uhr
Ort: Freitags-Wochenmarkt beim Brunnen in der Fussgängerzone in der Wilhelmstraße

Anlässlich des Internationalen Frauentages verschenkt die SPD FN Rosen an Frauen. Mit dieser Geste möchten die Sozialdemokraten an die Wurzeln dieses traditionsreichen Gedenktages erinnern und den Frauen ihre Anerkennung für die oft vorhandene Doppelbelastung als AN und als Familienmanagerin ausdrücken.

OV Meersburg:

Vorstandssitzung

Donnerstag, 28.02.2013
20:00 Uhr
Guttschänke

Fortsetzung auf Seite 31

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

Aufgaben- und Finanzplan Defizite werden kleiner

Die geplanten Defizite im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2014-2016 haben sich gegenüber dem letzten AFP etwa halbiert. Die SP fordert die Regierung auf, bei der Erarbeitung des Sparpakets III die Proportionen zu wahren und die Situation nicht unnötig zu dramatisieren.

Der Aufgaben- und Finanzplan 2014-2016 weist für die nächsten Jahre Defizite im Umfang von 120 bis 160 Mio. Franken aus. Gegenüber dem AFP 2013-2015 sind damit die Defizite in den Jahren 2014 und 15 um 137 bzw. 175 Mio. Franken kleiner geworden. Wenn die Regierung nun von „unverändert hohen Finanzplandefiziten“ spricht, ignoriert sie die Besserstellung und dramatisiert die Situation.

Kein Wort zur Ertragsseite

Die SP stellt fest, dass die „gebundenen Ausgaben“ in den Bereichen Gesundheit und soziale Wohlfahrt, Bildung und Verkehr fortlaufend ansteigen. Damit nimmt der Druck auf die ungebundenen Ausgaben überproportional zu. Die Kürzungen beim Personalaufwand werden den Kanton schwächen. Die immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen werden einen Brain Drain mit negativen Folgen für die Staatsverwaltung und den ganzen Kanton zur Folge haben.



Hier schlagen die Steuersenkungen der letzten Jahre weiter durch. Nicht etwa zu hohe Ausgaben sind Schuld an der Misere, sondern fehlende Einnahmen.

Proportionen wahren

Verglichen mit dem AFP 2013-2015 zeigt der aktuelle AFP klare Besserstellungen auf. Die Regierung ist daher gehalten, die Situation nicht unnötig zu dramatisieren und bei der Erarbeitung des Sparpakets III die Proportionen zu wahren.

St.Gallen, 20. 11.2012

Weitere Auskünfte:

- o Monika Simmler, Parteipräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Regierungsrat in der Pflicht:

Steuergleichbehandlung statt Steuererleichterungen!

Nach der Veröffentlichung des Berichts des Regierungsrates über Bilanz und Wirkung der Steuererleichterungen für Unternehmen, fordert die SP des Kantons St. Gallen einmal mehr ein Umdenken in der Steuerpolitik. Der Bericht lässt wichtige Zahlen bewusst aus und verschleiert so die zweifelhaften Konsequenzen dieser Steuerpolitik.

Keine Steuererleichterungen auf dem Buckel der Allgemeinheit

Der Bericht der Regierung zeigt eines klar auf: Zwischen 2006 und 2011 sind die Steuereinnahmen der juristischen Personen, als Folge der Steuererleichterungen, um über 120 Millionen Franken eingebrochen. Dies obwohl in der gleichen Zeit die Anzahl steuerpflichtiger Unternehmen um rund 4'000 gestiegen ist. Dieses Geld fehlt nun in der Staatskasse. Gleichzeitig schweigt sich der Bericht erstaunlicherweise über die Tatsache aus, was für einen Ge-

sambetrag an Erleichterungen den Unternehmen für ihre Gewinne erlassen wurde.

Steuerprivilegierungen hebeln die Rechtsgleichheit aus

Während der Grossteil der Unternehmen keine oder nur wenig Steuern bezahlen, gewährt der Kanton 0,7% der Unternehmen Steuererleichterungen. Auch wenn nur wenige Unternehmen betroffen sind, ist die Rechtsungleichheit stossend und widerspricht jeglicher Steuergerechtigkeit und Steuersolidarität. Der Kanton St. Gallen ist für Unternehmen im nationalen wie auch im internationalen Vergleich attraktiv dank anderen Standortvorteilen. Darum fordert Monika Simmler, Präsidentin der SP Kanton St. Gallen: *„Es ist Zeit, nicht mehr alles dem Steuerwettbewerb unterzuordnen. Alle St. Gallerinnen und St. Galler leisten ihren Beitrag, damit der Kanton seine Aufgaben gut erfüllen kann. Das sollte auch für Unternehmen ausnahmslos gelten“*.

St.Gallen, 24. Januar

Weitere Auskünfte:

- **Monika Simmler, Parteipräsidentin**
- **Dario Sulzer, Politischer Sekretär**

Die SP-Nationalrätin Hildegard Fässler-Osterwalder ist zurückgetreten

Am Freitag führte sie ein Interview mit der Schweizer Zeitung „Werdenberger und Toggenburger“, am Samstag rauschte der Blätterwald zwischen Bodensee und Genfer See. **Hildegard Fässler**, SP-Nationalrätin aus dem Kanton St.Gallen (aus Grabs im Rheintal) hat ihren Verzicht auf ihr Parlamentsmandat im eidgenössischen Nationalrat bekannt gegeben.

Die gelernte Gymnasiallehrerin (Mathematik) hat 16 Jahre lang in Bundesbern engagiert und kompetent für das Gemeinwohl gestritten. Sie präsidierte vom Juni 2002 bis zum Juni 2006 gar die sozialdemokratische Fraktion im Bundesparlament und war von ihrer Kantonalpartei zur Nachfolgerin des SP-Bundesrates Moritz Leuenberger im Jahr 2010 nominiert worden. Edi Rey aus Romanshorn hat recht: „Es ist schade, dass sie geht.“ Und der Abtwiler Heinrich Tischhauser bezeichnet sie als eine der profiliertesten Bundeshauspolitikerinnen und bescheinigt ihr, dass man bei ihr immer wusste, woran man war. Sie hatte in den Jahren 2008 und 2009 den Vorsitz in der Nationalratskommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) inne, wo sie erfolgreich für mehr Steu-

ergerechtigkeit in der Schweiz kämpfte. Sie sorgte zudem für einen besseren Anschluss des öffentlichen Verkehrs in der Ostschweiz an das internationale Bahnnetz.

Ihr SP-Mandat im Nationalrat übernimmt jetzt ab der Frühlingssession (am 4.März) die bisherige Präsidentin der Sozialdemokratischen Partei im Kanton St.Gallen, Claudia Friedl. Hildegard Fässler ist Mitglied im Hochschulrat der Hochschule St.Gallen, Präsidentin des Hausvereins Schweiz, dem Dachverband der Hauseigentümer, die sich für klimafreundliches Bauen und für faire Miet- und Nachbarschaftsverhältnisse engagieren und die kapitalistische Spekulation mit Immobilien bekämpfen. Noch eine Präsidentschaft hat Hildegard Fässler inne: jene beim Verband der Kindertagesstätten in der Schweiz (KiTaS). Und: sie gehört weiterhin der Sozialistischen Bodensee-Internationale an, wo sie mit großer Energie die alljährliche Verleihung des „Prix Wasserfrau“ für erfolgreiche, ehrenamtliche Projekte in der Frauen-Gleichstellung (seit 2001) leitet.

Am 10. Juli 2005 kürte die Schweizer „Sonntagszeitung“ sie zur Siegerin des Parlamentarierratings der einflussreichsten Politiker/innen in jenem Jahr, wohl auch deshalb, weil sie entscheidend mitgeholfen hat, dass 2003 Micheline Calmy-Rey (SP) in den Bundesrat, die Schweizer „Landesregierung“ aufrücken konnte. Die gebürtige Frauenfelderin (also der Hauptstadt des Kantons Thurgau) ist auch bekannt aus dem Fernsehen, der Schweizer „Tagesschau“ als sportlich-dynamische Läuferin (im Berner Bundesviertel) und als prominente Teilnehmerin des Schweizer „Frauenlaufes“ (5 Kilometer lang) am 10.Juni 2012, dem grössten eidgenössischen Frauensportanlass, gewitzte Flügelstürmerin im FC Nationalrat, Erfahrungen in der Sportart Gigathlon und im Inline-Skaten. Sie hat früher auch den 100-KiloMeter-Lauf von Biel mitbestritten. Ihre Bestzeit beim New York-Marathon 2012: 4 Stunden,15 Minuten! Sie hat natürlich noch super Erinnerungen an den Car-Ausflug am 23. Oktober 1976. Und in ihrer Garage zu Hause? Da steht der Rohbau eines Motorsegelflugzeuges.

Als Politikerin wird sie jetzt in den „Unruhestand“ abheben. Der Rote Seehas wünscht ihr für die kommende Zeit alles Gute.

W.Bernhard

Einfache Anfrage

FLAWA:

Auslagerung nach Osten – VerliererInnen in der Schweiz

Mit Bestürzung nahm die Öffentlichkeit die Botschaft zur Kenntnis, dass die Firma FLAWA in Flawil einen grossen Teil der Produktion nach Polen verlegen wird. Die Kernkompetenzen der FLAWA liegen in der Entwicklung, Herstellung, Beschaffung und Vermarktung von Hygiene- und Pflegeprodukten. In der Folge werden gemäss Pressemitteilung voraussichtlich ab 2014 etwa 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Stelle verlieren. Ob zukünftig überhaupt noch in Flawil produziert wird, ist angesichts der Entwicklung offen. Für die Standortgemeinde Flawil ist dies ein harter Schlag, ist doch die FLAWA im Besitz von Baubewilligungen für Aus- und Neubauten in Flawil.

Die betroffenen Mitarbeitenden arbeiten meist ohne fachspezifische Grundausbildung und in einem Bereich ohne hohe Anforderungen. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass das Lohnniveau tief ist. Ein Teil der Mitarbeiterinnen konnte mit dieser Arbeit das Familieneinkommen aufbessern. Mit dem Wegfall dieser Arbeitsplätze geraten gerade auch Migrantenfamilien unter Druck.

Industrielle Arbeitsplätze in der Schweiz geraten immer mehr in Preiskonkurrenz mit Billiglohnländern. Betroffen sind dabei insbesondere Arbeitsplätze, die wenig Qualifikationen erfordern. Für einen guten Mix von Arbeitsplätzen sind jedoch gerade solche von grosser Bedeutung. Es muss das Bestreben der Politik, der Gesellschaft und der Wirtschaft sein, dass im Kanton St.Gallen das gesamte Spektrum von Arbeitsplätzen angeboten werden kann.

Wir danken der Regierung für die Beantwortung der Fragen:

1. Wie beurteilt sie die Situation des Druckes auf die industrielle Produktion im Kanton St.Gallen durch die Konkurrenz von Billiglohnländern?
2. Wie beurteilt sie im Kanton St.Gallen die Entwicklung des Angebotes an Stellen, die wenige Qualifikationen erfordern? Welche Folgen hat ein Rückgang und

welche Massnahmen dagegen wären möglich?

3. Welche Auswirkungen kann die Schliessung für die Standortgemeinde haben?
4. War oder ist die Wirtschaftsförderung aktiv involviert?
5. Wurden die zuständigen Stellen vor der Ankündigung der Verlagerung der Produktion mit der massiven Reduktion der Arbeitsplätze in Flawil von den Verantwortlichen der FLAWA kontaktiert?
6. Wann beginnt das ordentliche Verfahren der Konsultation gemäss OR?
7. Wie sind die kantonalen Stellen in dieses Verfahren eingebunden?
8. Werden die Sozialpartner, in diesem Falle die verantwortliche Sektorgewerkschaft UNIA, einbezogen?

28. Januar 2013

Baumgartner – Flawil, Hartmann - Flawil

Über: Dario Sulzer

Familien sind unsere Zukunft

Die SP Kanton St.Gallen sagt Ja zum Bundesbeschluss über die Familienpolitik

Die Geschäftsleitung der kantonalen SP hat die Parolen zu den Abstimmungen vom 3. März gefasst. Die SP sagt JA zum Familienartikel, Ja zum Bundesgesetz über die Raumplanung und JA zur Abzocker-Initiative.

Familien sind nicht nur unsere Zukunft, die Familien sichern auch unseren Wohlstand. Für die Geschäftsleitung der SP Kanton St.Gallen ist klar, dass die Wichtigkeit der Familie in der Verfassung festgehalten werden muss. „Der neue Verfassungsartikel erlaubt die Förderung eines bedarfsgerechten Angebots an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen. Diese sind eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Familie und Ausbildung“, sagt Parteipräsidentin Monika Simmler. Eine umfassende Familienpolitik ist in der heutigen Zeit mit der demographischen Veränderung äusserst wichtig und dies wird mit der Verankerung in der Verfassung festgehalten. Die SP sagt **Ja** zur Familie und somit auch Ja zum Familienartikel.

Zersiedelung und unnötigen Landverbrauch stoppen

Die SP spricht sich auch für ein **Ja** zur Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung aus. Denn wir sehen es täglich und überall: Häuser, Parkplätze, Strassen wuchern auf die grüne Wiese – auch im Kanton St.Gallen. Jede Sekunde wird ein Quadratmeter überbaut. Das ist unnötiger Raubbau. Das Raumplanungsgesetz sorgt dafür, dass künftig flächensparend geplant und gebaut wird. Das revidierte RPG ist eine gute Antwort auf die Herausforderungen der Schweizer Raumplanung. Es ist eine Lösung, die allen statt wenigen zu Gute kommt und die nachhaltige Raumentwicklung fördert. Deshalb spricht sich die SP für ein **Ja** zur Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung aus.

Der Abzockerei endlich ein Riegel schieben

Die Minder-Initiative will sicherstellen, dass über die Löhne der Geschäftsleitung verbindlich abgestimmt wird und dass keine millienschweren Antritts- und Abgangsgeschenke mehr bezahlt werden. Das wirksamste Mittel gegen unverschämte Löhne und die zunehmende soziale Ungerechtigkeit sind jedoch 1:12- sowie die Mindestlohn-Initiative. Die 1:12-Initiative der JUSO verlangt, dass die Lohnschere auf ein vernünftiges Mass reduziert wird. Und die Mindestlohn-Initiative verlangt existenzsichernde Löhne für alle. Zusammen mit dem deutlichen **Ja** zur Abzocker-Initiative am 3. März führen die 1:12-Initiative, die Mindestlohn-Initiative und die Erbschaftssteuerinitiative zu mehr Gerechtigkeit in der Schweiz.

St.Gallen, 25. Januar 2013

Weitere Auskünfte:

- **Monika Simmler, Parteipräsidentin,**
- **Dario Sulzer, Politischer Sekretär**



Keine hochspekulativen Geschäfte mit Steuergeldern

SPÖ fordert strenge Regeln

Das Beispiel Salzburg, wo aufgrund hochspekulativer Finanzgeschäfte ein Verlust von 340 Millionen Euro an Steuergeldern gemacht wurde, lässt bei der SPÖ die Alarmglocken läuten. Dass die Angelegenheit, wie von ÖVP-Bun-

desminister Michael Spindelegger vorgeschlagen, nunmehr auf Bundesebene behandelt werden soll, ist für SPÖ-Landesvorsitzenden Michael Ritsch jedoch nicht ausreichend.

Michael Ritsch kündigt deshalb eine parlamentarische Initiative für Vorarlberg an. Mittels Antrag wird ein sofortiges Verbot von hochspekulativen Geschäften für das Land und die Gemeinden gefordert. In einer entsprechenden Anfrage soll außerdem der Status quo darüber abgefragt werden, ob das Land Vorarlberg und die Gemeinden in irgendeiner Form in solche Spekulationsgeschäfte involviert sind.

„Steuergelder dürfen nicht so leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werden, deshalb fordere ich für das Land und die Gemeinden ein rasches Verbot von Spekulationen mit Steuergeldern, womit auch Fremdwährungskredite gemeint sind“, so Michael Ritsch.

SPÖ-Express, 13.12.2012

„Gestärkt gegen Gewalt“

Aktion der SPÖ-Frauen

Die Aktion der SPÖ-Frauen „Gestärkt gegen Gewalt“ mit Landesfrauenvorsitzender Olga Pircher, Labg. Mirjam-Jäger, Labg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger und Landesfrauengeschäftsführerin Erna Zoller an der Spitze stießen auch in Bludenz und Bregenz auf großes Interesse. Die SPÖ-Frauen wiesen darauf hin, dass häusliche Gewalt gegen Frauen in der Familie kein Tabuthema sein darf. Gerade rund um die Feiertage bestehen oft höhere Spannungen und Erwartungen im sozialen Nahraum als sonst. Die Aktionen der SPÖ-Frauen, die in ganz Österreich im Rahmen der 16 Tage gegen Gewalt stattfanden, standen für Information, Aufklärung, Prävention und Opferschutz.

Betroffene Frauen bekommen Hilfe unter der Telefonnummer der

Frauenhotline 0800/222555, bei der Polizei und bei der Gewaltschutzstelle in Feldkirch, nützliche Infos erhalten Frauen unter: www.frauenberatenfrauen.at.

Die Telefonnummern der Schutzeinrichtungen wurden auf Säckchen zusammen mit einer kleinen Stärkung verteilt. Große Betroffenheit lösten die Schilderungen von so manchen Frauen aus, die Gewalt selbst erlebt hatten. Laut Frauenbarometer halten 75 Prozent der Bevölkerung in ganz Österreich Gewalt in der Familie sehr oder stark verbreitet. Jede(r)

zweite kennt jemanden, der von Gewalt betroffen ist. Die Zahl der Gewaltopfer steigt ständig, in ganz Österreich innerhalb von 10 Jahren von 4849 auf 15 533! Traurige Aktualität erhielt das Thema durch die jüngsten Ereignisse in den USA.

SPÖ-Express, 21.12.2012

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Nils Schmid kommt zum Neujahrsempfang der Biberacher Kreis-SPD

BIBERACH – Die Kreis-SPD startet mit einem Paukenschlag ins neue Jahr. Nach der Paralympics-Rekordsiegerin Verena Bentele kommt dieses Jahr der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Nils Schmid zum Neujahrsempfang der Kreis-SPD. Wirtschafts- und Finanzminister Schmid spricht am Donnerstag, 24. Januar, in Biberach in der Volksbank. Beginn 18 Uhr – alle Interessierten sind willkommen. Ohne Eintritt, aber mit Gelegenheit zum Gespräch und zur Diskussion.

SPD-Landeschef Schmid wird beim Neujahrsempfang die Leitlinien der neuen Landesregierung und die SPD-Positionen für Baden-Württemberg präsentieren. Zentrale Themen sind dabei eine zukunftsorientierte Finanz- und Steuerpolitik, mehr soziale Gerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft, Reformen in der Bildungspolitik und die Umsetzung der Energiewende in Baden-Württemberg.

Zum ersten Mal zeichnet die Kreis-SPD beim Neujahrsempfang auch drei Initiativen und Vereine für deren Engagement aus:

- Der „Ökumenische Freundeskreis Aussiedler“ hilft seit 20 Jahren deutschstämmigen Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion, sich in Riedlingen einzuleben.
- Die „Bürgerinitiative Selbsthilfe Bad Schussenried“ unterstützt und fördert seit neun Jahren Maßnahmen und Projekte in der Stadt und deren Teilorten mit ehrenamtlicher und uneigennütziger Arbeit.
- Der Verein „Lernen fördern Rottumtalschu-

le“ unterstützt seit 13 Jahren den Ganztagsbetrieb an der Ochsenhausener Förderschule durch zusätzliche Unterrichtsangebote und außerschulische Veranstaltungen.

- Danach besteht bei Getränken und Butterbrezeln Gelegenheit zum zwanglosen Austausch.

„Ich freue mich, dass Nils Schmid die Gelegenheit nutzt auch bei uns in Biberach die neuen Akzente einer sozialen und verantwortlichen Landespolitik zu verdeutlichen und mit den Anwesenden zu diskutieren“, erklärte der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete und -Kreisvorsitzende Martin Gerster. Der Eintritt zu der Veranstaltung ist frei.

Biberach, 11. 01. 2013 Büro Martin Gerster, MdB

SPD-Kreisverband Biberach

Rückblick auf 150 Jahre Parteigeschichte und Delegiertenwahlen

BIBERACH – Die nächste Mitgliederversammlung der Kreis-SPD steht ganz im Zeichen zweier Ereignisse: „Für die SPD bringt das Jahr 2013 ein großes Jubiläum, sie feiert im Mai ihren 150. Geburtstag“, so Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter **Martin Gerster**. „Und politischer Höhepunkt im Jahr 2013 ist sicherlich die Bundestagswahl im September.“

Deshalb wählen die SPD-Mitglieder bei ihrer Kreisversammlung am Freitag, 1. Februar, um 20 Uhr im Restaurant „La Stazione“ am Biberacher Bahnhof zum einen Delegierte für den Landesparteitag, der Anfang März die Landesliste für die Bundestagswahl aufstellt. Zum anderen liefert der Parteihistoriker Hartwig Abraham aus Ummendorf den Anwesenden einen Rückblick auf 150 Jahre Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Kreis Biberach. Der frühere Biberacher SPD-Ortsvereinsvorsitzende Abraham hat zusammen mit MdB Martin Gerster bereits Ende der 90er Jahre ein Buch zur Geschichte der Biberacher SPD verfasst und ist jetzt in der Historikerkommission der Landes-SPD zum 150-jährigen Partei-jubiläum 2013 aktiv.

Biberach, 28. 01.2013 Büro Martin Gerster, MdB

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles kommt in die Region

MEMMINGEN - In der Region wartet nach dem Biberacher SPD-Neujahrsempfang mit Minister Nils Schmid schon der nächste Höhepunkt: Zum Politischen Aschermittwoch des SPD Ortsvereins kommt die Generalsekretärin der SPD, **Andrea Nahles**, am 13. Februar um 18.30 Uhr in die FCM-Stadiongaststätte, Boddenseestraße 44, in Memmingen. „Zu den traditionellen Kässpätzlen wird sie sicherlich eine launige Rede zum Wahlkampf 2013 halten“, erwartet der SPD-Bundestagsabgeordnete des benachbarten Wahlkreises Biberach, **Martin Gerster**. Er selbst könne wegen gleichzeitiger Termine in Berlin leider an diesem Tag nicht kommen. „Aber dennoch lade auch ich zum Politischen Aschermittwoch unserer Freunde in Memmingen alle Interessierten herzlich ein.“ Der Eintritt ist frei.

Biberach, den 28. 01.2013

**Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

Martin Gerster fordert mehr Wahlfreiheit für Kreiselkunst

Biberach – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** unterstützt die Initiative der Sozialdemokraten im Stuttgarter Landtag, den baden-württembergischen Kommunen mehr Freiheit bei der künstlerischen Gestaltung von Kreisverkehren zu gewähren. „Auch in unserer Region hängen viele Menschen an den oft aufwändigen Kunstwerken, mit denen die Kreisel verschönert worden sind“, so der 41-jährige Parlamentarier: „Ich persönlich fände es schade, wenn Werke wie die Installation von Klaus Prior an der Biberacher Rollinstraße ohne Not von ihrem Platz verbannt würden.“

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel hatte gestern von Landesverkehrsminister Winfried Herrmann (Bündnis 90/Die GRÜNEN) gefordert, einen entsprechenden Erlass seines Hauses nicht umzusetzen. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, sollten alle Arten fester Hindernisse aus der Kreiselmittle entfernt werden. „So wichtig das Thema Sicherheit im Straßenverkehr auch ist, meine ich doch, dass die Menschen vor Ort mehr Mitsprache verdienen“, erklärt Gerster: „Der Weg dazu führt

über mehr Entscheidungsfreiheit bei den Rathäusern und Ämtern vor Ort“.

Berlin, 31.01.2013

Alexander Geisler

Es geht weiter!

Die Mali-Werkrealschule in Biberach wird ab dem nächsten Schuljahr Gemeinschaftsschule. Sie ist damit eine von rund 80 neuen Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg!

*Die SPD-Abgeordneten **Martin Gerster (Bundestag)** und **Martin Rivoir (Landtag)** freuen sich über die endgültige Zusage des Kultusministeriums für die Mali-Gemeinschaftsschule in Biberach*

Das Konzept der Malischule hat das Schulamt Ulm-Biberach und das Kultusministerium in Stuttgart überzeugt! Wie die beiden Abgeordneten Gerster und Rivoir mitteilten, gehört sie zu den rund 80 Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg, die mit dem nächsten Schuljahr 2013/2014 an den Start gehen.

Künftig werden dort also Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 im Ganztagsbetrieb unterrichtet. „Das besondere Augenmerk richtet sich darauf, dass Chancengerechtigkeit und Leistung in positiver, ergänzender Weise miteinander verknüpft werden“, erklärte **Rivoir**.

Auch **Gerster** begrüßt die Entscheidung. „Ich freue mich, dass die weiteren Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg das Angebot flächendeckend verbessern. Damit gehören Gemeinschaftsschulen nun zum Alltag im Land“, so **Gerster**.

Der Abgeordnete **Rivoir**: „Mich freut besonders, dass die Malischule in Zukunft das Miteinander und nicht die Ausgrenzung in den Mittelpunkt stellen wird. Den Schwerpunkt zu setzen auf selbstverantwortliches Lernen und bestmögliche Förderung nach individuellen Begabungen sehen wir als entscheidende Weichenstellung.“ Frustration und Angst vor schlechten Noten sollen Neugierde und anhaltender Freude am Lernen Platz machen.

Gerster und Rivoir wünschen der Mali-Gemeinschaftsschule gutes Gelingen für die weiteren Monate bis zum Start im September und sagen ihre weitere Unterstützung zu. „Diese Schule öffnet im September ihre Pforten erst-

mals als Gemeinschaftsschule. Durch die Vorerfahrungen aus den vorangegangenen Schuljahren, die intensive Vorbereitung und die Betreuung durch die Schulämter und das Kultusministerium wird diese Schule unseren hohen Ansprüchen an die neue Schularart gerecht“, so Gerster weiter. Rivoir ergänzte, dass auch für kommende Anträge als maßgebliche Kriterien die Qualität der Schule und ihre Entwicklungsperspektive bestehen bleiben.

Mit der zweiten Tranche der Gemeinschaftsschulen verstetigt die grün-rote Koalition ein zentrales Versprechen ihrer Bildungspolitik: Längeres gemeinsames Lernen in einem gerechteren Schulsystem und Überwindung der sozialen Benachteiligung durch das dreigliedrige Schulsystem.

„Die ideologisch geprägten Verhinderungsdebatten sollen nun ein Ende haben, das Konzept der Gemeinschaftsschule wird sich in der Praxis bewähren. Die Art des Schulabschlusses wird jetzt am Ende des Bildungsweges stehen und nicht schon ab der ersten Klasse durch die Herkunft bestimmt sein“, so die SPD-Abgeordneten abschließend.

03.02.2013

Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Und es geht noch weiter

Auch die **Michel-Buck-Schule in Ertingen** und die **Federsee-Grund- und Werkrealschule in Bad Buchau** werden ab dem nächsten Schuljahr **Gemeinschaftsschulen**.

Damit sind sie zwei von rund 80 neuen Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg!

Der SPD-Abgeordneten **Martin Gerster** (Bundestag) und **Klaus Käppeler** (Landtag) freuen sich über die endgültigen Zusagen des Kultusministeriums für die Michel-Buck-Schule in Ertingen und die Federsee-Grund- und Werkrealschule in Bad Buchau.

Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

SPD Kreis Konstanz

MdL Hans-Peter Storz

Bundestagswahlkreis Konstanz 287:

SPD-Kandidat zur Bundestagswahl 2013: Peter Volz

Es handelt sich um den Bundestagswahlkreis Konstanz in seiner seit 2009 bestehenden geographischen Zusammensetzung. Für die SPD ist hier 2005 und 2009 Peter Friedrich (über die baden-württembergische Landesliste in den Deutschen Bundestag in Berlin gewählt worden. Am 12. Mai 2011 ist er zum Landesminister in der baden-württembergischen Landesregierung (für den Bundesrat und für Europaangelegenheiten) gewählt worden. Sein Bundestagsmandat ging an den Mannheimer Gewerkschafter Stefan Rebmann. Sven Zylla, der für die SPD Oberbürgermeister in der Stadt Konstanz werden wollte, hat abgewunken, eine Findungskommission war am Ende erfolgreich. Vor Weihnachten nominierte die SPD-Mitgliederversammlung im Kulturforum Milchwerk in Radolfzell mit 98,8 Prozent der abgegebenen Stimmen **Peter Volz** zum Bundestagskandidaten im Bundestagswahlkreis Konstanz.



Peter Volz (links) und SPD-Kreisvorsitzender Peter Friedrich

Bild: Südkurier/Franz Domgörgen

Der 44jährige selbständige Unternehmer im Bereich Altenpflege aus Allensbach ist zudem Kommunalpolitiker und hat als Zweitkandidat nach dem Überfall auf die SPD-Landtagskandidatin Zahide Sarikas den Landtagswahlkampf im Wahlkreis Konstanz brillant weiter geführt. Der gebürtige Göppinger, Vater zweier Kinder, ist Chef eines privaten Pflegedienstes mit 40 Angestellten. „Für harte Arbeit soll es einen guten Lohn geben“, ist Peter Volz überzeugt und gibt damit eine profilierte Richtung für seinen Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr vor. Volz will seinem CDU-Kontrahenten viele Erststimmen abjagen, wenn das Direktmandat für die SPD im Wahl-

kreis nicht gewonnen werden kann. Die andere Frage ist es, wie die ganz sicheren Plätze und die Nachrückerplätze auf der Landesliste zur Bundestagswahl (in diesem Fall im SPD-Bereich Südbaden) auf dem „Listenparteitag“ der baden-württembergischen SPD am 2. März 2013 in Heilbronn (im Kongresszentrum „Harmonie“...) verteilt werden.

W. Bernhard

**SPD Kreis Ulm
Alb-Donau Kreis
MdB Hilde Mattheis**

Mittelschicht schrumpft:

Bereinigter Armutsbericht ist Makulatur

Zum bereinigten Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts und der Studie „Mittelschicht unter Druck“ erklären die Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis und die stellvertretende Sprecherin Gabriele Hiller-Ohm:

Der bereinigte Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung ist schon vor der – vom Dezember ins neue Jahr aufgeschobenen – Kabinettsbefassung hinfällig und Makulatur. Die heute vorgelegte Studie „Mittelschicht unter Druck“ weist erneut nach, dass sich die sozialen Verhältnisse zugunsten der Wohlhabenden massiv verschieben. Die Gesellschaft spaltet sich tiefer in arm und reich. Die Studie stellt fest, dass die Mittelschicht schrumpft und zu überwiegenden Teilen in die Armut und nicht zum Reichtum driftet.

Als Ursachen werden unter anderem die Steuer- und Arbeitsmarktreformen genannt: Vom sinkenden Spitzensteuersatz hat die obere Einkommenschicht profitiert. „Die Mittelschicht wurde dagegen deutlich weniger von den geänderten Steuertarifen entlastet.“ Durch die Arbeitsmarktreformen seien zahlreiche unterdurchschnittlich bezahlte Jobs entstanden und „immer weniger Menschen gelingt der Aufstieg aus den unteren Einkommen in die Mittelschicht.“

Der vor kurzem vorgelegte zweite und bereinigte Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts hat mit Streichungen und Glättungen versucht, der Öffentlichkeit eine geschönte Bilanz der Bundesregierung vorzugaukeln.

Die Bundesregierung wird der Bevölkerung mit ihrem Bericht keine bessere Wirklichkeit einreden können. Es wird nichts nutzen, wenn sie solche Schlussfolgerungen aus ihrem Bericht streicht wie diese, die im ersten Entwurf noch feststellen musste: „Während die Lohnentwicklung im oberen Bereich in Deutschland positiv steigend war, sind die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken. Die Einkommensspreizung hat damit zugenommen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) haben die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten reale Entgeltverluste verzeichnet, während die Entwicklung am oberen Ende der Verteilung besonders günstig war.“

Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es uns auch gut. Diese „Volkswisheit“ aus den Zeiten der sozialen Marktwirtschaft, hat ihre Gültigkeit verloren.

Ulm, 13.12.2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

Hunger durch bessere Entwicklungszusammenarbeit bekämpfen

Eine Milliarde Euro mehr hatte die SPD für die Entwicklungszusammenarbeit gegenfinanziert gefordert, erläuterte der entwicklungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Dr. Sascha Raabe bei seinem Besuch in Ulm. Seine Kollegin **Hilde Mattheis** hatte ihn in die Ulmer Stuben eingeladen, um über sozialdemokratische Strategien in der Entwicklungszusammenarbeit zu diskutieren. „Ein wichtiges politisches Ziel wäre, wenn auch Ulm eine Fair-Trade-Stadt würde“, unterstützte Mattheis das Anliegen einiger Besucher. Damit würde sich die Stadt verpflichten, nur fair gehandelte und umweltfreundliche Produkte einzusetzen, wie es beispielsweise Ravensburg tut.

Raabe erläuterte, dass sich die deutsche Entwicklungspolitik unter Minister Niebel zu sehr auf die Förderung der Außen- und Privatwirtschaft und die Zusammenarbeit mit Mitteleinkommensländern konzentriert habe. Dabei seien die Ärmsten der Armen vor allem in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara aus

dem Blick verloren. In Zukunft müsse sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verstärkt auf jene am wenigsten entwickelten Länder konzentrieren, die unsere Unterstützung am meisten brauchten. Die Millenniumsentwicklungsziele – und hier allen voran das Ziel, den Hunger in der Welt zu bekämpfen – müssten wieder in das Zentrum deutscher Entwicklungspolitik rücken.

Die Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung sei zuallererst eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit, betonte Raabe – und die sei unter anderem durch die exzessiven Spekulationen mit Nahrungsmitteln in den letzten Jahren völlig aus den Fugen geraten. „Es ist absolut inakzeptabel, dass sich Banken, Versicherungen und Fonds durch die Spekulation mit Nahrungsmitteln bereichern, während sich andernorts die Menschen aufgrund der steigenden Preise kein Essen mehr leisten können“, forderte er strengere Regulierungen.

Ulm, 19.12.2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Mattheis:

Datenschutz der Arbeitnehmer bleibt auf der Strecke

Die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** kritisiert den Regierungsentwurf zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes: „Einem so schlechten Gesetz kann ich nicht zustimmen, auch nicht in der Fassung der von Schwarz-Gelb jetzt eilends hinterhergeschickten Änderungen“.

Nach den Bespitzelungen von Beschäftigten in Unternehmen wie Lidl, Bahn, Telekom und kürzlich Aldi Süd sei endlich ein Gesetz nötig, das hält was es verspricht, betont Mattheis. „Der Entwurf der Bundesregierung hat mit Beschäftigtendaten-SCHUTZ nichts zu tun, sondern stellt einseitig die Interessen der Unternehmen in den Vordergrund“, beklagte Mattheis. Die SPD-Bundestagsfraktion kritisiert im Einzelnen: Das Fragerecht des Arbeitgebers in Vorstellungsgesprächen bleibe hinter der aktuellen Rechtsprechung zurück, so dass Fragen nach Schwangerschaft oder Behinderung erlaubt sei. Arbeitgeber dürften ohne Zustimmung des Betroffenen Daten aus sozialen Netzwerken erheben oder Daten an Dritte weitergeben. Die Videoüberwachung bleibe zulässig – nur privat genutzte Räume wie Umkleiden und

Toiletten seien voraussichtlich ausgenommen. Insgesamt würden die Überwachungsmöglichkeiten ausgeweitet statt eingeschränkt.

„Der Regierungsentwurf ist eine Mogelpackung, die den Abbau von Arbeitnehmerrechten kaschieren soll“, lautet das Fazit von Hilde Mattheis.

Ulm, 14. Februar 2013

Büro Hilde Mattheis, MdB

Mattheis fordert gemeinsame Anstrengungen für Schlecker-Umschulungen

Ein Jahr nach der Schlecker-Insolvenz zieht die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** eine ernüchterte Bilanz: „Das Versprechen von Frau von der Leyen, dass es Umschulungen zur Erzieherin oder Altenpflegerin für ehemalige Schlecker-Beschäftigte geben wird, kann kaum noch eingehalten werden, wenn sich nicht alle Beteiligten sputen“.

Nach zahlreichen Initiativen auf Bundesebene wandte sich Mattheis an die baden-württembergische Sozialministerin Katrin Altpeter mit der Bitte einer landesrechtlichen Regelung zur Finanzierung des dritten Umschulungsjahres. Das Ministerium könne noch keine Entscheidung treffen, da sie auf eine Stellungnahme der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit warte. „Allen Beteiligten in Bundesregierung und Bundesverwaltung muss klar sein, dass die Zeit drängt und eine Entscheidung fällen muss, um den ehemaligen Schlecker-Beschäftigten eine wirkliche Qualifizierung und Neueinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen“, forderte Mattheis.

Die Ulmer SPD-Abgeordnete setzt sich seit Monaten für eine Ulmer Bürgerin ein, die zur Erzieherin umschulen will. Nun wird die Zeit knapp: regulärer Umschulungsbeginn wäre im September oder Februar. Noch gibt es allerdings keine rechtlichen Grundlagen, um das dritte Ausbildungsjahr finanzieren zu können. Damit droht der Umschulungsbeginn im Februar zu scheitern. Bis September kann die Umschulungsinteressierte nicht warten: bis dahin ist ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgelaufen und damit auch die Fördermöglichkeit für die ersten beiden Jahre obsolet.

Mattheis zieht folgendes Fazit zum Jahrestag der Schlecker-Insolvenz: „Ich freue mich für alle, die inzwischen eine gute Arbeit gefunden

haben. Für die 40 Prozent, die noch keine Stelle haben, müssen schnell Wege in qualifizierte Beschäftigung geebnet werden, sonst wird der Wiedereinstieg in das Berufsleben immer schwieriger“.

Ulm, 22.01.2013 Büro Hilde Mattheis, MdB

Fachkonferenz Pflege der SPD mit überwältigendem Zulauf

Zur SPD-Fachkonferenz „Alternative Pflegekonzepte“ am 30. Januar 2013 erklärt die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis:

„Das riesige Interesse an der Veranstaltung zeigt, dass das Thema Pflege den Menschen unter den Nägeln brennt“, kommentiert **Mattheis**. Zu der Veranstaltung „Alternative Pflegekonzepte“ der SPD-Bundestagsfraktion waren mehr als 200 externe Gäste aus der Pflegebranche gekommen. Der SPD-Fraktionssaal platzte aus allen Nähten.

Entsprechend zahlreich und vielfältig waren auch die Diskussionsbeiträge zu den vorgestellten Alternativmodellen, die jenseits des Pflegeheims pflegebedürftigen Menschen ein würdevolles Altern ermöglichen sollen. Egal, ob in einer WG gemeinsam mit anderen Demenz-Erkrankten, in einer Genossenschaft oder mit Hilfe moderner Pflege-Assistenz-Technik: „Das Ziel ist klar. Wir als SPD wollen, dass Pflegebedürftige so lang wie möglich in ihrer eigenen Umgebung bleiben können. Dazu müssen wir Pflegebedürftige bestmöglichst unterstützen.“



Hilde Mattheis mit Professor Andreas Kruse (li)

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im März 2012 ein Positionspapier Pflege beschlossen. „Jetzt geht es darum, zu zeigen, dass unser Positionspapier praxistauglich ist und bei seiner Umsetzung Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen tatsächlich hilft.“ 71 Prozent der

Bundesbürger fordern nach Angaben des MLP Gesundheitsreports ein stärkeres Engagement der Politik in der Pflege. „Es ist höchste Zeit, dass etwas geschieht. Wir brauchen 2013 einen Politikwechsel in der Pflege“ so Mattheis abschließend.

Berlin, 31. Januar 2013 Büro Hilde Mattheis, MdB

Weibliche Genitalverstümmelung ist menschenrechtswidrig!

Anlässlich des 10. Internationalen Tages "Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung" erklären die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** und die Kreisvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) **Andrea Schiele**:

„Weibliche Genitalverstümmelung darf unter keinen Umständen geduldet und muss weltweit bekämpft werden!“

Circa drei Millionen Mädchen erleiden weltweit jedes Jahr diese brutale körperliche Verstümmelung und tragen nicht nur lebenslange körperliche Verletzungen und chronische Schmerzen davon. Auch die psychischen Folgen begleiten die betroffenen Frauen ein Leben lang. Weltweit sind circa 155 Millionen Frauen genital verstümmelt, vorrangig in afrikanischen und asiatischen Ländern. So wurden beispielsweise in Ägypten bei 91 Prozent der Frauen die äußeren Genitalien meist unter Schmerzen und bei vollem Bewusstsein teilweise oder vollständig entfernt.

Aber auch in Europa sind Mädchen von diesem grausamen Brauch betroffen. So ist Genitalverstümmelung zwar in allen EU-Mitgliedsstaaten verboten, jedoch wird die Praxis unter Zuwanderern in der EU teilweise noch aufrecht erhalten. Umso wichtiger ist es auf dieses Thema aufmerksam zu machen und über Beratungs- und Hilfsangebote zu informieren. „Mit dem Hintergrund der Debatte um Beschneidungen bei Jungen gilt es hier weiterhin besonders aufmerksam zu bleiben“ so die Ulmer AsF -Vorsitzende Andrea Schiele (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen).

Seit 2003 wird am 6. Februar auf diese Menschenrechtsverletzung an Mädchen und Frauen aufmerksam gemacht. Zum zehnten Jahrestag appelliert Mattheis: „Der Kampf gegen Genitalverstümmelung kann nur mit einer weltweiten Ächtung und internationalen Abkommen effektiv geführt werden. Dass dies möglich ist,

zeigen viele positive Beispiele aus Afrika. Das gesellschaftliche Umdenken ist ein langer Prozess und verdient jede mögliche Anstrengung!“

Ulm, 05.02.2013

Büro Hilde Mattheis, MdB

BayernSPD

SPD Kreisverband Lindau

Neujahrsempfang der SPD im bayerischen Allgäu mit Christian Ude in Sonthofen

Im vollbesetzten Haus Oberallgäu im schneebedeckten Sonthofen, einem früheren Soldatenheim gegenüber der Jägerkaserne der Bundeswehr, geht heuer der traditionelle Neujahrsempfang der Sozialdemokraten in der SPD-Diaspora im bayrischen Allgäu über die Bühne. Und sie kommen alle, von Kempten, von Lindau am Bodensee, aus Wasserburg sogar, und von Füssen. An der Decke im Saal fällt das große Ude-Mobil ins Auge, in Allgäuer Heimarbeit entstanden: an mehreren Holzlatten hängen lauter große und kleine rotweiße Schilder mit der Inschrift: „Genau! Ude.“ Ja, der Münchner Oberbürgermeister und SPD-Herausforderer des CSU-Ministerpräsidenten bei der Landtagswahl im Freistaat Bayern im September 2013, Christian Ude, ist als prominenter Redner angesagt.

An den Wänden rings herum sind Tische aufgestellt, mit gut gefüllten Prosecco-Gläsern, Bier- und Weinflaschen, auch Alkoholfreies, sowie viele Platten mit leckeren Imbiss-Häppchen, Lachsbrötchen, alles zum kostenlosen Verzehr feilgeboten. Die Spendenkörbchen daneben bleiben indes nicht leer, immerhin braucht die SPD-Basis in den Allgäuer Ortsvereinen in den kommenden Monaten bis zur Landtags- und Bundestagswahl jeden Euro, um sich doch noch mit ein paar Aktivitäten in Szene zu setzen in der Allgäuer Medienlandschaft.

Bei der Begrüßung der Gäste heißt der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Oberallgäu, Jörg Hilbert, extra auch die erschienenen Freunde aus der **Sozialistischen Bodensee-Internationale** (aus Vorarlberg und aus der benachbarten Ostschweiz) zu diesem Neujahrstreffen willkommen. Im Foyer und in der Halle selbst haben etliche Selbsthilfe-Gruppen und

sozial-caritativen Verbände aus dem Allgäu ihre Info-Stände aufgebaut.

Der **Füssener Landtagsabgeordnete Dr. Paul Wengert** stellt zunächst die Allgäuer SPD-Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl, zur Landtagswahl und – **eine Spezialität im Freistaat Bayern**- zum Bezirkstag, dem Regionalparlament im Bezirk Schwaben, vor. In einer kurzweiligen Talkrunde entlockt er ihnen biographische und programmatische Bekenntnisse. Alle Kandidaten eint das zuseherische Bonmot des Abgeordneten Wengert: „Na dann mach'n mir halt a Revolution im Allgäu, damit a Ruah is...“ Ja, man muss sich schon Ziele setzen, wenn man Wahlkampf machen will.

Vor seinem Termin in Sonthofen ist Christian Ude beim Neujahrsempfang der SPD-Landtagsfraktion **im Kloster Irsee** mit dem **Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, dem österreichischen SPÖ-EU-Politiker Hannes Swoboda**, zusammengetroffen. Eine andere Begegnung ist dem Dialog mit Gewerkschaftsrepräsentanten aus der Allgäuer Region gewidmet. Von 13.30 Uhr bis 14.35 Uhr erklärt der SPD-Kandidat für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten seine politische Agenda. Die Erhaltung des sozialen Friedens, die Überwindung der Spaltung von Reich und Arm in der Gesellschaft, der Ausbau der Bildungsgerechtigkeit mit dem Instrument der Gemeinschaftsschule in Bayern, seine 4 Punkte zur Bekämpfung des Raubtier-Kapitalismus und der globalen Finanzmärkte: das sind die Schwerpunkte im Programm von Christian Ude. Und: nicht nur die Studierenden, auch die Absolventen in der beruflichen Bildung bis hin zur Meisterprüfung sollen künftig von Gebühren befreit werden. Ude wechselt zwischen harter Kritik an der Politik an den Wendemanövern von Seehofer, ernsthafter Analyse und kabarettreife Parolen hin und her. Er hat Mitleid und Respekt übrig für die tapferen CSU-Soldaten, die vor Ort Mühe haben, den Positionswechseln –bald im wöchentlichen Rhythmus- von ihrem Parteivorsitzenden Seehofer hinterher zu hecheln. Ude tritt klar für einen wirksameren Finanzausgleich zwischen den Metropolregionen wie München zugunsten strukturschwacher Regionen wie der nördlichen Oberpfalz oder dem Allgäu ein, was in Sonthofen mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird. Der weitere Ausbau der Bundesstraße 12 ist „unverzichtbar“.

Ude ruft abschließend dazu auf, Betriebskollagen, Nachbarn und Bekannte auf jeden Fall zur Teilnahme an dem laufenden landesweiten Referendum zur Abschaffung der Studiengebühren an den bayrischen Hochschulen zu bewegen. Übrigens: Der Omnibus zur gemeinsamen Fahrt zum **Politischen Aschermittwoch am 13. Februar 2013** mit Christian Ude und Peer Steinbrück im niederbayrischen Vilsnhofen bei Passau (25 Euro Fahrtkosten-Beitrag) ist bereits ausgebucht! Abfahrt morgens um 4 Uhr am Berliner Platz in Lindau.

Dagmar Nölte ist mit der schwungvoll vorgebrachten Rede von Christian Ude sehr zufrieden, ja sie ist begeistert. Vielleicht überlegt sie es sich doch noch, ob sie wirklich ihr Amt als Lindauer SPD-Kreisvorsitzende demnächst abgeben will, wie sie in Sonthofen beim Mittagessen andeutet. **Und Leo Wiedemann** sucht noch nach Kandidaten für die nächste Verleihung des **Sozialistenhutes** im Löwenkeller in Lindenberg. Die Spätheimkehrer erwartet dann auf der Rückfahrt nach Lindau mit der Bahn eine abenteuerliche Reise.

W.Bernhard

» Auch Bayern ist kein Schlaraffenland

Christian Ude bewies beim Neujahrsempfang in Sonthofen:

Er kann auch Ministerpräsident

Mit einer ebenso kraftvollen wie inhaltsschweren Rede hat uns **Christian Ude** beim traditionellen Neujahrsempfang der Oberallgäuer Ortsvereine am 19. Januar in Sonthofen in den Wahlkampf eingestimmt. Rund 400 Gäste, darunter viele Repräsentanten des öffentlichen Lebens und zahlreicher Vereine erlebten einen Redner, der die Dinge auf den Punkt brachte, klar analysierend und mitunter kabarettreif formuliert, sie erlebten eine Münchner Oberbürgermeister, der bewies, dass er auch Ministerpräsident kann. Ude geißelte den Raubtierkapitalismus der so genannten Finanzindustrie, in der sich Spieler, Zocker und Abzocker breit gemacht und die Casino-Rechnung schließlich dem Steuerzahler aufgebürdet hätten. Noch schlimmer als die von ihnen ausgelöste Finanzkatastrophe sei aber die Tatsache, „dass aus dieser größten politischen Provokation der Ge-

genwart keine Konsequenzen gezogen wurden“, so Ude. Er forderte die Einführung von Finanztransaktionssteuern zur Finanzierung möglicher künftiger Hilfen für systemrelevante Banken anstelle der Steuergelder von Otto Normalverbraucher, die Gründung eines Bankfonds zur Bewältigung des Kollapses einer Bank, die Trennung zwischen normalen Bankgeschäften und dem riskanten Investmentbanking sowie die Gründung einer europäischen Rating-Agentur. Als „zweiten Teil des sozialdemokratischen Projekts“ bezeichnete der SPD-Spitzenkandidat den Kampf gegen die immer tiefer werdende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Die Politik müsse aktiv für den sozialen Ausgleich sorgen, um den sozialen Zusammenhalt in unserem Land zu bewahren, so Ude. Kein Weg führe daran vorbei, Vermögen und Erbschaften endlich fair zu besteuern, Fehlentwicklungen im Bereich von Arbeit und Beschäftigung zu stoppen sowie den Spitzensteuersatz zu erhöhen, allerdings „auf etwas Weniger als noch zu Kanzler Kohls Zeiten“.

Aus: Newsletter Nr. 38 | Februar 2013
Dr. Paul Wengert | MdL

Fortsetzung von Seite 19

Termine im Bodenseekreis

OV Tettngang:

Jahreshauptversammlung OV Tettngang

Mittwoch, 20.02.2013

19:30 Uhr - 23:00 Uhr

Ort: Hotel Ritter, Tettngang

Ich lade euch herzlich zu unserer Jahreshauptversammlung ein.

Tagesordnung:

TOP1 Begrüßung – Annahme der Tagesordnung

TOP2 Bericht der Vorsitzenden

TOP3 Bericht des Kassierers

TOP4 Entlastung des Vorstandes und des Kassierers

TOP5 Wahlen: Vorsitz, Stellvertreter, 2 Beisitzer,

Kassenwart, Schriftführer/Pressewart

TOP6 Vorbereitung und Festlegung Termine 2013

TOP7 Ehrungen - Planung

TOP8 Verschiedenes

Ich freue mich über eure rege Teilnahme.

Familienangehörige, Freunde und Interessierte sind herzlich willkommen.

Siglinde (Roman)

SPD-Publikationen in der Region ...

- Roter Turm www.spd-ravensburg.de
- 's Rote Füchsele www.spd-ehingen.de
- Bibervision www.spd-biberach.de
- Der Rote Seehas:

http://www.spd-bodenseekreis.de/index.php?mod=content&menu=400&page_id=16706

oder über:

www.sozialistische-bodensee-internationale.eu/

Doppelte Staatsbürgerschaften

Doppelte Staatsbürgerschaften-Neuregelung des Bundesgesetzes

Aus einer Staatsangehörigkeit ergeben sich juristisch für jeden Menschen Rechte und Pflichten in jenem Staat, dem sie angehören. Sagt der Völkerrechtler. Die Staatsangehörigkeit wird entweder durch eine Geburt, in Abhängigkeit von der Staatsbürgerschaft der Eltern oder durch eine Einbürgerung erworben. Die Institution der Staatsbürgerschaft ist bereits im Altertum entstanden, im antiken Griechenland sowie im Römischen Reich, wo der Apostel Paulus dadurch ein Stück weit privilegiert war. Besondere Fälle sind der Verlust der Staatsangehörigkeit für einen Bürger oder das Schicksal der Staatenlosigkeit.

Was hat es sich jetzt auf sich mit den doppelten Staatsbürgerschaften? Wenn ein junges Paar aus Heiligenberg im Bodenseekreis eine Urlaubsreise in die USA antritt und die Frau schwanger ist und ihren Nachwuchs glücklich in einem Spital in Bethlehem im US-Staat Pennsylvania zur Welt bringt, dann ist das Kind, nennen wir es Karl-Heinz oder Marianne, je nachdem, sowohl Amerikaner(in) als auch Deutsche(r), hat also zwei Staatsbürgerschaften erworben. Eine doppelte Staatsbürgerschaft nennt man auch Doppelpass. Möglich ist übrigens auch die Verleihung einer Ehrenstaatsbürgerschaft, heißt es in wikipedia. Wer dauerhaft in Australien lebt als Deutscher oder

Franzose, kann grundsätzlich die australische Staatsangehörigkeit annehmen, ohne gleichzeitig die deutsche Staatsbürgerschaft zu verlieren. In etlichen europäischen Ländern ist es gesetzlich so geregelt, dass man die ursprüngliche Staatsbürgerschaft verliert, wenn man eine neue Staatsbürgerschaft erworben hat, so zum Beispiel in Deutschland oder in Österreich. In der Schweiz hingegen wäre man von der Annahme einer anderen Staatsbürgerschaft nicht betroffen, ebenso in Schweden.

Fast zur Staatenlosigkeit verdammt sind von Israel registrierte Palästinenser, die eine andere Staatsbürgerschaft annehmen. Wer im Vatikan geboren wurde, dem wird die vatikanische Staatsbürgerschaft leider auch nicht zuteil. In bestimmten Ausnahmefällen erlaubt es das Staatsangehörigkeitsgesetz in Deutschland, dass jemand neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit erwerben kann.

Bei türkisch-stämmigen Mitbürger/innen in Deutschland stellt sich nach wie vor das Problem, dass sie zwar eine Einbürgerung in ihre neue Heimat anstreben und gleichzeitig loyal bleiben wollen zu ihrem Herkunftsland Türkei. "Zwei Pässe für ein Leben?" umschrieb die Süddeutsche Zeitung einen Artikel vom 17.Mai 2010. Nach dem rot-grünen Staatsangehörigkeitsgesetz von 2000 (Otto Schily, SPD-Bundesinnenminister) erhalten Kinder ausländischer Familien automatisch auch die deutsche Staatsbürgerschaft, "sofern ein Elternteil dauerhaft und legal in Deutschland lebt". Mit ihrem 23.Geburtstag aber wird es spannend: Sie müssen sich spätestens dann entschieden haben, welche Staatsbürgerschaft sie behalten wollen, eine müssen sie abgeben. Wenn die Frist abgelaufen ist, verlieren sie die deutsche Staatsbürgerschaft, so steht es im Gesetz.

Vom Jahr 2018 an, so schreibt die „Süddeutsche“, betrifft dies jährlich bis zu 50 000 Kinder aus Zuwandererfamilien, die den deutschen Reisepass wieder abgeben müssen, wenn sie türkische Staatsbürger/innen bleiben wollen. Die Optionspflicht gilt nicht nur für die ab dem 1. Januar 2000 geborenen Kinder in Migrantenfamilien, sondern (das ist geändert worden) nachträglich auch für die Jahrgänge von 1990 an. Diese haben als Volljährige bis zu ihrem 23.Geburtstag in diesem Jahr 2013 noch Zeit, eine Entscheidung über ihre Staatsbürgerschaft zu treffen. Insgesamt 1000 junge Frauen und Männer mit ausländischen Eltern, die zwisch-

en 1990 und 1999 geboren worden sind, haben sich in der baden-württembergischen Landeshauptstadt, so berichtet die Stuttgarter Zeitung, bereits einbürgern lassen. Eine Gruppe von insgesamt 69 Personen mit Migrationshintergrund muss in Stuttgart in diesem Jahr 2013 eine Entscheidung treffen: für oder gegen die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Einbürgerungsbehörden in vielen deutschen Kommunen bemühen sich um einen klärenden Dialog mit den Betroffenen und schreiben sie frühzeitig an. Das Problem der doppelten Staatsbürgerschaften erfordert einen großen Beratungsaufwand in den Rathäusern.

Im Jahr 2013 ist dieses Gesetz weiterhin umstritten, bis hinein in die politischen Parteien. Die CDU/CSU lehnt überwiegend eine Lockerung dieser Regelung ab, Armin Laschet, der frühere CDU-Minister in NRW, würde eine solche begrüßen. Bei der SPD hat sich der SPD-Bundesvorstand dafür ausgesprochen, die Entscheidungsoption von 23-Jährigen ganz aus dem Gesetz herauszunehmen, während der Pressereferent im SPD-Ortsverein Markdorf sie unbedingt beibehalten will.

Auch die Freien Demokraten, die Grünen und die Linken sowieso, treten für ein uneingeschränktes doppeltes Staatsbürgerschaftsrecht ein.

„Wenn man alle Ausnahmen abzieht, bleiben vor allem die Türken übrig, die ihren Pass abgeben müssen“, schreibt der Vorsitzende des Dachverbandes Türkische Gemeinde Deutschland (TGD). Er befürchtet, dass die eigentlich ja gewünschte Integration der Zuwanderer-Kinder sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden würde. Übrigens: Wer freiwillig bei einer fremden Armee, etwa im Nato-Land Türkei den Wehrdienst ableistet, verliert automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit.

Bereits während der großen Koalition zw.2005 und 2009 scheiterte der Versuch der SPD, die Optionsklausel im Staatsbürgerschaftsgesetz zu streichen. Die SPD lehnt sich mit ihrer Haltung an die amerikanische Regelung an, wonach die Staatsbürgerschaft grundsätzlich nach dem Grundsatz des „**jus soli**“ und nicht mehr nach dem „**jus sanguinis**“ vergeben werden soll. Seit 1842 (in Preußen) herrscht in Deutschland das Jus Sanguinis als Erwerbsstatbestand für die Staatsbürgerschaft vor, im Jahr 2000 ergänzt durch die Optionsklausel, die eher dem Jus Soli entspricht. Die Klausel

geht auf einen Kompromiss zwischen der rot-grünen Bundesregierung und dem Bundesrat zurück, in dem Rot-Grün seit der hessischen Landtagswahl 1999 keine Mehrheit mehr innehatte. Jus Soli=Staatsbürgerschaft nach dem Geburtsort, Jus Sanguinis=Staatsangehörigkeit nach der Abstammung.

Zahl der Einbürgerungen 2011: 106 897	Anteil mehrfache Staatsangehörigkeit: 50,4 %
--	---

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mitte Februar 2013 sicherte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in einer Presseerklärung zu, im Falle eines Wahlsieges bei der Bundestagswahl am 22.September 2013 die Regelung der doppelten Staatsbürgerschaft in vollem Umfang zu reaktivieren. Gabriels Exfrau ist eine türkische Migrantin, so dass er aus diesem Grund die Probleme der türkischstämmigen Migrant/innen sehr gut nachvollziehen kann. Gabriel will mit seiner Initiative verhindern, dass noch mehr hochqualifizierte und akademisch gebildete Menschen auswandern und an den Bosphorus zurückkehren. Und: Nach über 50 Jahren Geschichte der Einwanderung in Deutschland sollte der Gesetzgeber auch mal das Grundgesetz ändern, damit das Kommunalwahlrecht novelliert werden kann. Warum sollen bei den Gemeinderats- und Kreistagswahlen nur die hier lebenden Mitbürger/innen aus den EU-Ländern das aktive und passive Wahlrecht haben, und nicht die hier schon seit Jahrzehnten ansässigen, arbeitenden und Steuern zahlenden Deutsch-Türken?

Bundesweit ist vor Weihnachten 2012 in Berlin-Kreuzberg eine **Unterschriftenaktion** gestartet worden, die eine Petition an den Deutschen Bundestag zum Ziel hat: „Wir wollen, dass Menschen in Deutschland die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft erhalten“.

W.Bernhard

Die Internetadresse dazu:

www.openpetition.de/petition/online/doppelte-staatsbuergerschaft

Diese Aktion sollte von Sozialdemokrat/innen ohne Zögern unterstützt werden!

W.Bernhard

Anmerkung der Redaktion:

Ist es gerecht, dass in Deutschland ein Brite wie der Noch-Ministerpräsident von Niedersachsen zwei Staatsbürgerschaften haben darf, ein Türke aber nicht?

Anhang zu S. 12:

Zum „Listen-Parteitag“ der SPD Baden-Württemberg am 2. März

SPD-Bundestagskandidaturen 2013 zwischen Donau und Bodensee

Wahlkreis	Name	gelernter Beruf	Tätigkeit(SPD)
285 Rottweil-Tuttlingen	Ergun Can	Diplomingenieur/Betriebsrats-Vorsitzender Firma Novotechnik	SPD-Stadtrat in Stuttgart
286 Schwarzwald-Baar	Jens Ulrich Löw	Diplomingenieur/Leiter des Kreisforstreviers Brigachtal	Gemeinderat in Brigachtal
287 Konstanz	Tobias Volz	Leiter eines großen Pflegedienstes in Allensbach	Gemeinderat Allensbach Kreisratsmitglied
288 Waldshut	Rita Schwarzelühr-Sutter MdB	Diplom-Betriebswirtin Marketing-Assistentin	Bundestagsabgeordnete SPD-Kreisvorsitzende
289 Reutlingen	Rebecca Hummel	Politikwissenschaftlerin	Mitarbeiterin im Büro Klaus Käppeler MdL
290 Tübingen	Martin Rosemann	Diplom-Volkswirt Hochschul-Lehrbeauftragter	Fraktionsvorsitzender SPD Gemeinderat Tübingen
291 Ulm	Hilde Mattheis MdB	Lehrerin	Bundestagsabgeordnete stellv. Landesvorsitzende
292 Biberach	Martin Gerster MdB	Politikwissenschaftler/Journalist/ Sportfunktionär(Sportakrobatik)	Bundestagsabgeordneter SPD-Kreisvorsitzender
293 Bodensee	Jochen Jehle	Gymnasiallehrer	Gemeinderat+Kreisrat
294 Ravensburg	Hannes Munzinger	Volkswirtschaftslehre(stud)	Juso/stv.Kreisvorsitzender
295 Sigmaringen-Zollernalb	Stella Efremidis Kirgiane	Gastronomin/Journalistin	SPD-Stadträtin im nordbadi- schen Weinheim
252 Augsburg-Stadt	Ulrike Bahr	Lehrerin	Stadträtin Augsburg
253 Augsburg-Land	Bernd Bante	Ltd.Angestellter in der Automobilindustrie(Marketing) bei AUDI	Stadtrat in Friedberg
254 Donau-Ries	Gabriele Fograscher MdB	Fachlehrerin/Erzieherin	Bundestagsabgeordnete stv.Bezirkvorsitzende SPD
255 Neu-Ulm	Dr.Karl-Heinz Brunner	Wirtschaftsberater/ehem.Bürgermeister Illertissen	Kreistagsmitglied Neu-Ulm/ stv.Bezirkvors.SP
256 Oberallgäu	Katharina Schrader	Magister Politikwissenschaft+ Kultur-u.Wirtschaftsgeographie	Kreisvorsitzende Kempten
257 Ostallgäu	Rolf Spitz	Vertriebsmanager DHL/Paketpost	Stadtrat Memmingen
			W.Bernhard

EINLADUNG + AN + ALLE + EINLADUNG + AN + ALLE +
EINLADUNG + AN + ALLE + EINLADUNG +

Neuer „Rüstungsatlas Baden-Württemberg“ Buchvorstellung am 20./21./22. Februar 2013

- **In Konstanz** am Mittwoch, 20.02.2013, um 19.30 Uhr in der VHS, Katzgasse 7 (Raum 1.3.)
- **In Überlingen** am Donnerstag, 21.02.2013, um 19.30 Uhr im Evang. Gemeindehaus, Grabenstraße 2 (Balkonzimmer).
- **In Friedrichshafen** am Freitag, 22.02.2013, um 16.30 Uhr, im Parteibüro Werderstraße 5.
- **In Lindau** am Freitag, 22.02.2013, um 20.00 Uhr im Gewölbesaal des Evangelischen Hospitals, Schmiedgasse 18.



Vortrag und Diskussion mit **Dr. Andreas Seifert** von der IMI Tübingen.

Es geht um (1.) die Rüstungsfirmen, (2.) die Militärstandorte, (3.) die Militärforschung bzw. Forschungsk Kooperationen und (4.) um die Aktionen der Friedensbewegung dagegen. Alles mit dem Schwerpunkt auf der Bodenseeregion.

Der Rüstungsatlas umfasst 72 Din-A4-Seiten. Er kostet 3,50 Euro. Verfasst wurde der Rüstungsatlas mit freundlicher Unterstützung von **PAX CHRISTI** und anderen Friedensgruppen. Es gibt ihn auch als pdf-Dokument zum Herunterladen:

www.imi-online.de/download/ruestungsatlas_2012_web.pdf

Veranstalter: **Initiative gegen Waffen vom Bodensee** zusammen mit attac-Lindau und der Friedensinitiative Konstanz. Zur Veranstaltung am 22.02.2013 lädt zusätzlich die DFG-VK-Gruppe RV-Oberschwaben ein.

Über Anita Vooren

www.waffenvombodensee.de

Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Daniel von Fromberg:

newsdesk@spd.de

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Adnan Sabah, KV Vors.:

asabah1@web.de

Dietram Hoffmann:

dietram.hoffmann@googlemail.com

Dario Sulzer, Politischer Sekretär:

sulzer@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

Ländle Gerecht:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

Martin Gerster, MdB:

martin.gerster@wk.bundestag.de

Alexander Geisler:

martin.gerster@bundestag.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Dr. Paul Wengert | MdL:

paul.wengert@gmx.de

Siglinde Roman:

s.roman@t-online.de

Anita Vooren:

Werner.Vooren@t-online.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de